

Hessisches Pfarrblatt

Zweimonatsschrift für Pfarrerinnen und Pfarrer aus Hessen-Nassau und Kurhessen-Waldeck

MITGLIEDERORIENTIERUNG

Die nicht-missionarische Anstalt –
von der Kirche und ihrer Eigenresonanz **140**

LEBEN MIT CORONA

Volles Risiko – oder Schutz und Respekt? **160**

KIRCHENKAMPF I

Wer war Martin Niemöller? –
Biographie sorgt für Diskussionen **162**

ZWISCHENRUF I

Hygiene in der Kirche **164**

KIRCHENKAMPF II

Ausweisung eines „illegalen Jungtheologen“
– ein Vikariat in Nassau-Hessen 1936–1939 **166**

ZWISCHENRUF II

Das Wir der Gemeinde und das freimachende
Evangelium – zum heutigen Protestantismus **173**

Liebe Leserin, lieber Leser,

Antwerpen hat sie bereits entfernt, die Statue des 1909 gestorbenen belgischen Königs Leopold II. Die rassistischen Gräueltaten in Leopolds II. „Privatbesitz“ Kongo, Chicotte-Hiebe und Hand-Abhacken für zu geringe Kautschuk-Ausbeute, die Vertreibung und Ermordung von Millionen Kongoles*innen, sind nicht neu und waren nicht unbekannt. Aber die Vergangenheit ist nie abgeschlossen; die Beschäftigung mit ihr kommt immer wieder, wie jetzt durch die „Black Lives Matter“-Bewegung. Sie kann wehtun – und sie deutet die Gegenwart.

In den meisten Fällen erinnert uns die Beschäftigung mit der Vergangenheit daran, dass nicht alles in Ordnung war – oft sogar schuldbelastet. Wegschauen ist keine Alternative. Zugleich kann die Vergangenheits-„bewältigung“ von Menschen nicht abgeschlossen, sondern nur Gott anvertraut werden. Gerade dort, wo ich Schuld schließlich annehmen und mich versöhnen

kann, wird diese Schuld auch unvergessen bleiben. Insofern hilft es langfristig nicht, Denkmäler zu stürzen, sondern diese genauer anzuschauen. Der im Kongo geborene Karikaturist Pierre Kroll, schlägt vor, den Statuen die Hände abzuhaufen, statt sie unsichtbar zu machen, damit Schuld sichtbar bleibt: „Der Kolonialismus hat den Rassismus nicht gemacht. Er war schon da, als die Belgier in den Kongo gingen. Man löscht ihn nicht aus, indem man einfach die Erinnerung auslöscht.“

Mit jugendlichem Drang habe ich in den 1980ern mit einem Großonkel diskutiert, was durchschnittliche Deutsche zwischen 1933 und 1945 wohl von der Shoa gewusst haben. Das Gespräch endete in heftigster Abwehr. Im Rückblick denke ich, dass ich zu wenig von Seelsorge und der Möglichkeit wusste, Dinge anzusprechen ohne sie zu deklarieren.

Wo kann ich hinschauen auf dunkle Flecken in der Geschichte, meiner eigenen

Für unverlangt eingesendete Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Die Schriftleitung behält sich vor, Beiträge, Leser*innen-Reaktionen etc. nicht zu publizieren oder zu kürzen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autor*innen wieder, nicht unbedingt die der Pfarrvereine oder der Schriftleitung. Namentliche Beiträge verbleiben mit allen Rechten bei den Autor*innen. Für die Richtigkeit von Angaben, Daten und Behauptungen in den namentlich gekennzeichneten Beiträgen können die Herausgebenden keine Gewährleistung oder Haftung übernehmen. Sie werden jedoch nach bestem Wissen und Gewissen im Rahmen der Verhältnismäßigkeit des Aufwands überprüft. Die persönlichen Nachrichten werden ohne Gewähr mitgeteilt.

Impressum:

Herausgeber und Verleger: Ev. Pfarrervereine in Hessen und Nassau e.V., Geschäftsstelle: Melsunger Straße 8A, 60389 Frankfurt, Tel. (0 69) 47 18 20 / Fax (0 69) 47 94 87 sowie der Pfarrverein Kurhessen-Waldeck e.V., Geschäftsstelle Kirchenkreisamt Marburg, Universitätsstr. 45, 35037 Marburg, www.ekkw.de/pfarrverein.

Schriftleitung und Redaktionsanschrift: Pfr. Martin Franke, Paulusplatz 1, 64276 Darmstadt, Tel. (0 61 51) 405-299. E-Mail: schriftleitung-pfarrverein@ekhn.de

Redaktionsbeirat: Pfr. Frank Illgen, Heinrich-Wimmer-Str. 4, 34131 Kassel, Tel. (05 61) 400 79 89, pfarrverein@ekkw.de;

Pfr. Dr. Martin Zentgraf, Hess. Diakonieverein, Freiligrathstr. 8, 64285 Darmstadt, Tel. (0 61 51) 6 01 19 83, Fax 3075-29-281;

Pfr. Dierk Glitzenhahn, Frankenhainer Weg 55, 34613 Schwalmstadt-Treysa, Tel. (0 66 91) 9 68 56 92;

Pfr. Mathias Moos, Kirchplatz 1, 56357 Marienfels, E-Mail: kirchengemeinde.marienfels@ekhn.de

Pfrin. Susanna Petig, Karthäuser Str. 13, 34587 Felsberg-Gensungen, Tel. (0 56 62) 44 94, Fax (0 56 62) 67 45.

Bettina von Haugwitz, Alte Dorfstrasse 34, 63594 Hasselroth, Bettina.vonhaugwitz@ekkw.de, Tel. (0178) 6245380

Druck: Druck- und Verlagshaus Thiele & Schwarz GmbH, Werner-Heisenberg-Straße 7, 34123 Kassel. Der Bezugspreis ist durch den Mitgliederbeitrag abgegolten.

ISSN – 0941 – 5475

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
24. 8. 2020



oder auch derjenigen der Institutionen, denen ich angehöre? Beides kann wehtun. Wann nehme ich mir die Zeit, diesen Schmerz auszuhalten? Wo fühle ich mich im Jetzt so angenommen, dass dies möglich wird ohne Leugnung? Am Ende bleibt Schuldbearbeitung ein Teil der Gnade Gottes – nicht nur weil die Versöhnung vom Gegenüber, den Menschen, die zu Opfern geworden sind, abhängt. Sondern weil nur Gott die Geborgenheit und Selbstsicherheit schenken kann, in der ich Schuld aushalten kann, sie nicht mehr ausblenden und verdecken muss.

Dieses Heft beschäftigt sich an vielen Stellen mit Menschen, die neu hinschauen wollen: Da hat Benjamin Ziemann eine Diskussion ausgelöst. Der Historiker hat eine materialreiche Biografie über den ersten Kirchenpräsidenten der EKHN, Martin Niemöller geschrieben. Detlef Schneider hat diese rezensiert und zeigt, warum sie letztlich den eigenen Anspruch einer Neubewertung nicht einlösen kann – auch weil sie neben dem „Menschen Martin Niemöller“ den Theologen aus dem Blick verliert (S. 162).

Auch Joachim Schmidt hat eine äußerst lesenswerte Biografie über den Eberstädter Pfarrer Wolfgang Weissgerber (1900–1984) verfasst, die Micha Brumlik für Sie gelesen hat (S. 176). Sie heißt, ebenso biblisch wie bewusst doppeldeutig, „Auf rechter Straße“. In beiden Fällen geht es m.E. nicht um das „vom Sockel Stürzen“ von Pfarrpersönlichkeiten, die viele Menschen geprägt und nicht selten ermutigt haben. Eine „Heldenverehrung“ kann ich derzeit nicht erkennen. Aber es geht darum, immer wieder neu genau hinzuschauen. Dazu gibt es in der EKHN sehr viel Material, durch die blauen Dokumentationsbände über den Kirchenkampf und durch Einzelstudien wie diese. Gelegentlich wollen diese (neu) zur Kenntnis genommen und (wieder) ausgesprochen werden.

Genauer hingeschaut hat auch Karl Heinrich Schäfer: Am Beispiel seines Vaters zeigt er auf, wie die nationalsozialistische

Staatspolizei die Pfarrerausbildung der Bekennenden Kirche beobachtete und gelegentlich auch angehende Pfarrer aus dem Weg räumte. Seinen Beitrag finden Sie auf Seite 166.

Auf Menschen, die sich selbst wegen der Lockerungen nach dem Corona-Shutdown stärker schützen müssen, sieht Diakoniepfarrer Jens Haupt in seinem Artikel „Volles Risiko – oder Schutz und Respekt?“ (S. 160) Ihnen bleibt oft nur die Wahl zwischen einem erhöhten Risiko oder einem Rückzug – denn es ist ja wieder vieles erlaubt. Aber dieser Rückzug macht sie unsichtbarer in der Gesellschaft und sie verlieren an Stimme. Ein wichtiges Thema: Selbstverantwortung kann ausgrenzen.

Viel Eigenresonanz entdeckt der ehemalige Leiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD in seiner kritischen Betrachtung der evangelischen Kirche im Hauptartikel dieses Heftes (S. 140). Sein Beitrag beginnt mit dem Eingeständnis eines Versäumnisses: *„Habe ich wenigstens bei einigen Leuten den Kirchaustritt verhindert und einige andere zum Kircheneintritt bewegt? (...) Es standen Aufträge, Aufgaben, Projekte, Aktionen im Vordergrund – aber die Mitglieder?“*, schreibt Gerhard Wegner im Rückblick auf seinen Pfarrdienst.

Die biblische Geschichte von Zachäus (Lukas 19, 1–10) handelt vom Blick auf schuldbelastete Vergangenheit: vom andere übervorteilenden Oberzöllner, vom Reichtum, vom Betrug und von einer Besatzungsmacht, die geschickt Einheimische gegeneinander ausspielt. Aber Schuld drängt auf verbesserte Gegenwart: Nach Reue und dem Versprechen der Wiedergutmachung, der Rückgabe von Geldern an Arme und Ausgebeutete, spricht Jesus von *sotería*, Rettung: *„Heute ist diesem Hause Rettung widerfahren, denn auch er ist ein Sohn Abrahams.“* Wer die Schuld ausblendete, könnte das Heil nicht sehen.

Ihnen allen wünsche ich eine anregende Lektüre und einen schönen Spätsommer.

Ihr Martin Franke



Die nicht-missionarische Anstalt – Von der Kirche und ihrer Eigenresonanz

von Prof. Dr. Gerhard Wegner, Hannover

*In einem Vortrag beim Hannoverschen Pfarrvereinstag im März 2020 hat der ehemalige Leiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD (SI), Gerhard Wegner, die Entwicklung der evangelischen Kirche stark mit dem Selbstverständnis ihrer Pfarrer*innen verknüpft. Der Vortrag ist im Mai in den Badischen Pfarrvereinsblättern erschienen, aus denen wir ihn mit Dank (gekürzt) übernehmen.*

Als ich 1973 mit dem Studium der evangelischen Theologie in Göttingen begann, hatten die evangelischen Kirchen in Ost- und Westdeutschland zusammen etwa 32 Millionen Mitglieder. 2019, als ich aus dem aktiven Dienst als Pastor ausschied, waren es nur noch 21 Millionen: ein Verlust von einem Drittel der Mitglieder in knapp 50 Jahren. Wie ist dieser Mitgliederverlust in diesem Zeitraum zustande gekommen? Dazu gibt es viele Analysen. Aber mich beschäftigt eine persönliche Frage: Inwieweit bin ich mit meiner Arbeit als Pastor auf den verschiedensten Ebenen meiner Kirche „schuldig“ oder „mitverantwortlich“ für diesen Niedergang? Und nicht nur ich: Meine ganze Generation ist betroffen. Was haben wir falsch gemacht, dass es zu einem solch massiven Rückgang an Mitgliedern gekommen ist?

Man kann diese Frage bagatellisieren: Nein, meine Generation trägt daran keine Mitschuld, es sind die großen gesellschaftlichen Trends, gegen die niemand etwas ausrichten konnte. Mich überzeugt diese Antwort nicht. Anderswo auf diesem

Erdball ist es anders verlaufen.² Der nüchterne Rückblick auf die vergangenen fast 50 Jahre lässt recht konkrete Fragen hochkommen, nicht zuletzt die schlichte, aber gravierende Frage danach, ob uns die Mitglieder der Kirche ernsthaft interessiert haben. In jedem dieser fast 50 Jahre kam es zu enormen Kirchenaustrittszahlen. Hat uns das wirklich bewegt? Habe ich wenigstens bei einigen Leuten den Kirchenaustritt verhindert und einige andere zum Kircheneintritt bewegt? Ich vermute, dass die Bilanz wenig zum Positiven ausschlagen würde – denn bewusst habe ich in Hinsicht Mitglieder wenig unternommen. Es standen Aufträge, Aufgaben, Projekte, Aktionen im Vordergrund – aber die Mitglieder?

Autonomie statt das Bewusstsein, Gottes Geschenk zu sein

Es ist ein gesamtgesellschaftlicher Plausibilitätshintergrund, der sich in diesen 50 Jahren grundlegend geändert hat und aus dem eine gelebte religiöse Kommunikation, aber auch grundlegende christliche Wertorientierungen, immer weiter verschwunden sind – zumindest was Mitteleuropa anbetrifft. Am deutlichsten ist dies zuletzt in dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum assistierten Suizid geworden, in dem das Autonomiepostulat des einzelnen Menschen ungeahnte Bedeutung erreicht hat. Der Gedanke daran, dass Menschen letztlich nicht sich selbst gehören sondern ein Geschenk Gottes sind, scheint niemandem mehr nachvollziehbar zu sein. Von daher ist es nur konsequent, wie es ja auch die

1 Dieser Beitrag führt Gedanken fort, die ich entwickelt habe in: Von der Anstalt zu Akteur – Aktuelle Entwicklungstendenzen der kirchlichen Organisation. In: Gerhard Wegner: Wirksame Kirche. Sozio-theologische Studien. Leipzig 2019, S. 362 – 411.

2 Es kann auch bei uns anders laufen vergleiche Jan Meyer: Kirche beGeistert erleben – Eine Studie zu Wirkung und Potenzial des Internationalen Gospelkirchentages. Hannover, 2019.



überwiegende Mehrheit der Bevölkerung sieht, dass ein jeder Mensch das Recht auf einen eigenen Suizid hat – oder anders gesagt das Recht darauf, mit sich selbst machen zu können, was er oder sie will.

Damit kommt eine jahrhundertalte Entwicklung an ihr Ende.³ Gustav Seibt schreibt zu Recht: „Dass dieser komplexe, ganz auf Autonomie abgestellte Begriff von Freiheit im Kern zutiefst unchristlich ist, das lässt sich nicht leugnen.“⁴ Aber auch an dieser Stelle lässt sich zurückfragen, ob meine Generation einer solchen Entwicklung durch eine immer weitere Preisgabe einer Kritik des Suizids (klassisch: „Suizid ist Sünde“) nicht den Weg gebahnt hat.

Noch vor 50 Jahren wäre solch ein Urteil undenkbar gewesen, da der Menschen-schutz (gerade der Schutz vor sich selbst) religiös transzendental verankert gewesen wäre. Das ging mit einer Diskriminierung von Selbstmörder*innen einher. Dem wollte man jedoch – zu Recht – immer weniger zustimmen. In der Folge konnte man aber den Eindruck haben, dass sich die gesamte ethische Debatte verkehrte und nunmehr Suizid geradezu als höchste Form der Freiheit des Menschen gefeiert wird. Haben wir in dieser Frage wichtige christliche Grundorientierungen durch eine Angleichung an die vordergründig „emanzipatorischen“ Erwartungen der Menschen preisgegeben? Haben wir keinen Mut mehr gehabt, unseren Glauben davon, dass wir von Gott Gezeugte sind, zu vertreten? Solche Vorstellungen sind uns selbst wohl immer weniger plausibel erschienen.

Die Ich-Gesellschaft zersetzt Bindungsverhalten auf allen Ebenen

Im Folgenden soll es nicht um eine Schulderkundung der abtretenden Generation

3 Vergleiche zu den Anfängen der Legitimation des Eigeninteresses und der Verfügung über sich selbst bei Hobbes und Locke kritisch John Milbank: *Theology and Social Theory. Beyond Secular Reason*. Blackwell 2006, S. 26 u.ö.

4 SZ vom 2.3.20, S. 9: „Die Freiheit zum Suizid“

gehen. Meine Perspektive ist auf die Zukunft gerichtet: Wie kann unsere Kirche, unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen, bewusst und sozusagen mit erhobenem Kopf kleiner werden? Denn das wird sie mit Sicherheit: kleiner – und sie wird in einem gesellschaftlichen Kontext zu Recht kommen müssen, der ihrer christlichen Botschaft immer kleinere Resonanzräume einräumt. Die Welt der sich immer weiter ausbreitenden „Ich-Gesellschaft“ ist nicht die ihre. In dieser Gesellschaft zersetzt sich Bindungsverhalten auf allen Ebenen, nicht nur in Bezug auf die Kirche, sondern ebenso im Bereich der Zivilgesellschaft, der Parteien usw. Die Digitalisierung wird diesen Tendenzen noch Vorschub leisten.

Nüchtern betrachtet wird die Kirche nicht in der Lage sein, gegen sie gerichtete gesellschaftlichen Trends umkehren zu können. Es ist vielmehr notwendig, sich unter diesen Bedingungen mit Energie daran zu machen, Menschen für die Bindung an die Kirche zu gewinnen und die Plausibilität christlicher Kommunikation wieder zu erhöhen.

Schon vor mehr als 50 Jahren war der Begriff dafür eine „missionarische Kirche“ oder die „missionarische Struktur“ der Kirche – auch wenn das damals anders als heute gemeint war.⁵ Für die dringenden Aufgaben der (missionarischen) Kommunikation muss die Kirche aufgabengerecht aufgestellt sein.

Verantwortungsdiffusion und systemischer Autismus

Anders gesagt: Wer ist eigentlich in der Kirche für Mitgliedergewinnung und Mitgliederbindung verantwortlich? Da mangelt es an organisatorischen Antworten. Natürlich sind irgendwie alle in der Kirche hierfür verantwortlich – aber wenn alle verantwortlich sind, ist es bekanntlich niemand. Das scheint mir die heutige

5 Dazu wieder neu anregend Mady A. Thung: *The precarious organization. Sociological Explorations of the Church's Mission and Structure*. Mouton 1976.



Situation zu sein: Die Kirche leidet an Plausibilitäts- und Mitgliederverlusten – und im Grunde genommen wissen alle, was zu tun wäre. Aber die Verantwortung für diese Aufgaben ist strukturell diffus verteilt. Deswegen wird in unserer Kirche zwar ganz viel unternommen, aber wie schon in der Vergangenheit verpufft ungeheuer viel Energie in unproduktive Richtungen. Sie versickert in die Pflege interner Plausibilität und Kommunikation hinein: in Eigenresonanzräume. Man kann das systemischen Autismus nennen. Oder auch einfach: systemische Trägheit.

Besonders schön zeigt sich dieses Phänomen in einer Art von Predigten, in denen es um die Reflexion über das Gelingen von Verkündigung heute geht. Gerne wird die (oft rhetorische) Frage gestellt, was man denn heute tun könne, um heute Menschen überhaupt noch vom Evangelium zu überzeugen? Statt solche Fragen zu stellen, sollten Prediger*innen lieber überzeugend predigen! Aber hier existieren offensichtlich Hemmungen die viel tiefer liegen, als wir uns das manchmal zugestehen. Wir sind tief von einem „Überwältigungsverbot“ geprägt. Was mir zu fehlen scheint, ist eine breite strukturell durchschlagende Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Zustand unserer Kirche, die sich in einem umfassend nach außen gerichteten Kommunikationsverhalten äußern müsste. Wir lassen uns von unserer Zufriedenheit hinreißen. Die Art und Weise wie Kirche heute aufgestellt ist, macht uns träge – systemisch träge.

Diese These möchte ich in einem Dreischritt belegen. Zunächst geht es im ersten Abschnitt um die Frage, was es heute braucht, um unsere Kirche „zu retten“. Dabei ist die Antwort klar: Es braucht Kommunikation nach „außen“ in guter Qualität. Im zweiten Abschnitt soll dann der Frage nachgegangen werden, warum es so schwierig ist, genau das zu tun, was es braucht. Es liegt an überkommenen Strukturen und deren Folgen für die in sie eingebetteten Personen. Schließlich sollen im dritten Abschnitt Erwägungen

dazu angestellt werden, was unter diesen Bedingungen hilfreich sein könnte. Es geht um strukturelle Anreize, das Nötige zu tun; also um die Frage nach einer angemessenen „Aufstellung“ der Kirche.

Vorab sei deutlich gesagt: Kirche ist gesellschaftlichen Trends ausgesetzt, die sie nicht selbst steuern kann. Gerade deswegen hängt aber alles davon ab, dass sie sich klug „aufstellt“ und ihre Botschaft so kommuniziert, dass sie zumindest prinzipiell in der gegenwärtigen Gesellschaft auf Resonanz stoßen könnte. Ob dies dann tatsächlich geschieht, ist eine empirische Frage, die je nach lokalen und regionalen Bedingungen unterschiedlich beantwortet werden wird. Trotz aller Trends gibt es einen nicht geringen Eigenanteil der Kirche an der Gestaltung ihrer Zukunft. Für den sind wir verantwortlich. Ihn möchte ich herausarbeiten.

Teil: Was braucht es heute?

Seit Langem ist bekannt, was es heute braucht, um in der gesellschaftlichen Situation, wie sie nun einmal ist, das für die Kirche Mögliche zu tun und realistische Ziele erreichbar zu machen. Man schaue nur einmal wieder darauf, welche Folgerungen 1997 aus der dritten EKD-Erhebung über Kirchenmitgliedschaft gezogen worden sind.⁶ Dort heißt es völlig richtig: „Die Kirche hat, wie die Erhebung zeigt, dem Übergang von der religiösen Monopol-situation in die pluralistische Konkurrenz bisher nicht hinreichend Rechnung getragen.“ (S. 352) Und weiter: „Unsere Kirchen leben weithin aus dem Herkommen und den sich abschwächenden Traditionsbindungen und Konventionen. Sie müssten dagegen ihre Organisation darauf ausrichten, aktiv, initiativ, quasi „unternehmerisch“ um Akzeptanz, Förderung und Mitgliedertreue zu werben.“ (S. 353)

⁶ Klaus Engelhardt, Hermann von Loewenich, Peter Steinacker (HG.): Fremde Heimat Kirche. Die dritte EKD Erhebung über Kirchenmitgliedschaft. Gütersloh 1997. Darin ab S. 345 bis S. 366, Teil III: Perspektiven kirchlichen Handelns (verfasst wohl hauptsächlich von Rüdiger Schloz).



Und noch deutlicher: „Die Kirche müsse sich am Leitbild einer Organisation orientieren, die um Mitglieder wirbt, indem sie ihnen die Botschaft des Evangeliums einleuchtend macht, und damit für ihr Leben ein unverwechselbares und unschlagbar attraktives Angebot unterbreitet.“ Entscheidend für die Erfüllung dieser Aufgaben ist eine beträchtlich verbesserte Kommunikation mit den Mitgliedern. Dem ist nach wie vor nichts hinzuzufügen.

Verbesserte Kommunikation in alle Richtungen

Diese Sätze sind fast 25 Jahre alt – in dieser Zeit sind fast 5 Millionen weitere Kirchmitglieder ausgetreten. Der Anteil der Konfessionslosen in Deutschland erreicht 2017 45,6 %. Auch in dieser Situation ist heute klar, was getan werden muss. So hat die EKD erst vor kurzem (2020) eine umfangreiche Studie zum Thema Bildung angesichts von Konfessionslosigkeit vorgelegt.⁷ Darin werden zehn Handlungsoptionen entwickelt, die es angesichts wachsender Konfessionslosigkeit aufzugreifen gilt. Dies sind alles Selbstverständlichkeiten einer sich selbst ernstnehmenden Kirche: „Religiöse Sozialisation und Erziehung unterstützen“; „Religionsbezogene Bildung für konfessionslosen Menschen etablieren“; „Fragen der Lebens- und Weltdeutung konfessionsloser Menschen identifizieren und theologisch bearbeiten“; „Den Reichtum der Frömmigkeit und die Deutepotenziale christlicher Religion entdecken“; „Um die Auslegung der Wirklichkeit streiten“; „Erprobungsräume für das Christsein als Lebensform profilieren und stärken“; „Über Kirche aufklären und

um Unterstützung sowie Mitgliedschaft oder Zugehörigkeit werben“.

Zusammengefasst: „Konkret sind es zehn Wege, die es zu gehen gilt, um der Begegnung und Auseinandersetzung mit Konfessionslosigkeit besser als bislang Raum geben zu können. Sie alle werden schon genutzt, allerdings zu wenig systematisch und zu selten dezidiert im Blick auf Menschen, die ihr Leben ohne Mitgliedschaft in einer Religionsgemeinschaft führen und deuten.“

Wer würde diesen Forderungen nicht zustimmen? Weg von der Orientierung unserer kirchlichen Arbeit an der zehnpromzentigen Restgemeinde hin zur Orientierung nicht nur an den 90 % der Kirchenmitglieder, die wir sonst nicht gut erreichen (mindestens an den etwa 40 % Sympathisant*innen, die es unter den Kirchenmitgliedern gibt) und dann weit darüber hinaus an all den Vielen, die längst mit Kirche nichts mehr zu tun haben, ihr indifferent oder sogar feindlich gegenüber stehen. Genau das braucht es. Und in welcher Kirche der Welt, wenn nicht in der unsrigen, gäbe es dafür nicht auch genügend Ressourcen? Lasst uns offensiv bei jeder Gelegenheit über die Auslegung der Wirklichkeit streiten! Endlich!

Es braucht Kommunikation in alle Richtungen, weit mehr als bisher in die Bereiche der Gesellschaft, die mit uns nichts mehr zu tun haben wollen. Dabei geht es nicht um irgendwelche Umfragen, deren Ergebnisse man aufgreifen könnte, sondern darum, die Erfahrungen der Menschen, insbesondere die Erfahrungen der Kirchenmitglieder aktiv aufzugreifen und mit religiöser Kommunikation, bzw. der Botschaft des Evangeliums, zu verknüpfen.

Nicht mitgliederfreundlich – die Struktur der Kirche

Nun gibt es aber nicht wenige Personen, die ernsthaft sagen, dass das gar nicht mehr ginge. Dem kann man mit vielerlei Beispielen religionsbezogener Kommunikation in der öffentlichen

⁷ EKD: Religiöse Bildung angesichts von Konfessionslosigkeit. Aufgaben und Chancen. Leipzig 2020. Bemerkenswert ist, dass die umfangreichen empirischen Studien des SI der EKD zum Thema Konfessionslosigkeit von der EKD nicht zur Kenntnis genommen werden. Vergleiche Petra-Angela Ahrens: Wer sind die Konfessionslosen? Hannover 2016 und Dieselbe: Was macht eigentlich den Unterschied? Evangelische und Konfessionslose im Osten Berlins. Hannover 2018.

Kultur, nicht zuletzt im Bereich deutscher Popmusik, gehalten. Zentral ist, dass die Menschen merken, dass die Kirche an ihnen interessiert ist, ja die Menschen braucht um ihren Auftrag zu erfüllen; etwas von und mit ihnen will und sie ernst nimmt. Es muss deutlich werden, dass die Kirche – zumindest auch – eine Mitgliederorganisation ist, wie andere Organisationen der Gesellschaft auch.

Das kann man sehr gut so sagen, aber man merkt sofort, dass das Pathos dieser Rede in keiner Weise mit der Realität der kirchlichen Arbeit übereinstimmt. Natürlich gibt es viele gute Beispiele positiver Mitgliederbezogenheit und sie haben sich möglicherweise in den letzten Jahren vermehrt. Aber dass strukturell die evangelische Kirche als eine mitgliederfreundliche – oder gar konfessionslosenfreundliche – Organisation auftreten würde, wird man bei aller Liebe nicht behaupten können.

Der Grund dafür ist banal: Wer auch immer in der Kirche sich aktiv nach außen offenen Weise engagieren will, der*die braucht zusätzliche Energie. Die Kommunikation mit den nicht so aktiven Kirchenmitgliedern oder gar mit den vielen Konfessionslosen ist sehr viel aufwendiger, voraussetzungsvoller, anstrengender und herausfordernder als dies die Pflege der immer noch der Kirche Verbundenen oder gar die Kommunikation in den hauptamtlichen Mitarbeiterkreisen ist.

Insofern ist es immer auch ein Stück Selbsttäuschung, wenn in kirchlichen Papieren entsprechende Kommunikationsanforderungen formuliert werden, wie zuletzt dem zitierten Papier über Konfessionslosigkeit, ohne zu klären, wer das denn nun tun soll. Fragen, ob sich jemand in dieser Richtung einsetzt oder nicht, können nicht nur Einzelnen überlassen bleiben; sie müssen strukturell angegangen werden. Es braucht klare Verantwortlichkeiten für Mitgliederbindung oder gar Kommunikation mit Konfessionslosen. Wenn dazu in Papieren

nichts gesagt wird, kann man diese Papiere gleich wieder in die Tonne treten.

Keine Energie für zusätzliche Kommunikation

Wir haben es in der Kirche mit vielen, organisatorisch nur schwach einbindbaren Arbeitsplätzen zu tun, bei denen fast alles von der Selbststeuerung der Betroffenen abhängt. Anders gesagt: Was nicht durch motivierte Einzelne geleistet wird, kann organisatorisch nicht an irgendeiner anderen Stelle aufgefangen werden. Wenn die zusätzliche Energie fehlt, noch diesen oder jenen Besuch zu machen, wird das durch nichts ausgeglichen.

Als ich in den achtziger Jahren als Gemeindepastor in Celle tätig war, war es üblich, dass wir Pastor*innen jede Woche Mitteilungen von den beiden Celleschen Krankenhäusern bekamen, wer aus unseren Pfarrbezirken dort behandelt wurde. In der Regel haben wir dann alle Betroffenen besucht – jedenfalls soweit das jeweils möglich war. Dabei machte man eine zentrale Erfahrung: Besuchte man ältere Gemeindeglieder, so war dies in der Regel ein schönes Erlebnis. Die Betroffenen freuten sich, dass der Pastor vorbei kam, und er erhielt Anerkennung dafür ausgesprochen. Später traf man sich häufig in der Gemeinde wieder.

Völlig anders war es bei jüngeren Gemeindegliedern die wegen eines Ski- oder Arbeitsunfalls im Krankenhaus lagen, die den Pastor vorher nicht kannten und keinen engeren Bezug zur Kirchengemeinde hatten. Das ging im besten Fall noch mit Hohn und Spott einher – „Was wollen Sie denn hier, ich bin doch noch nicht tot?“ –, auf jeden Fall aber mit erheblichen Kommunikationsproblemen. Die Energie die man aufwenden musste, um in diesen Fällen eine befriedigende Besuchssituation herzustellen – bis hin zur Nerverei – war beträchtlich höher als bei den älteren Gemeindegliedern. Trotzdem war sie im Blick auf die Mitgliederbindung sehr viel besser investiert als bei den älteren Gemeindegliedern.

Was war die Folge dieser Situation? Über kurz oder lang unterblieben die Besuche bei den Jüngeren und es fanden nur noch Besuche bei den Älteren statt. Das konnte man seelsorgerlich gut vor sich selbst damit rechtfertigen, dass die Jüngeren pastoralen Zuspruch nicht so nötig hätten wie die Älteren. Aber das war ganz offensichtlich eine nachträgliche Legitimation dafür, hier keine zusätzliche Energie mehr aufzuwenden. Man kann das schlicht Trägheit nennen. In der damaligen pastoralen Situation war das plausibel – Im Blick auf die Situation der Kirche insgesamt aber fatal. Gerade diejenigen, die von der Kirche wegdrifteten, ließ man allein.

Ich habe meine damalige eigene Arbeit mehrfach dahingehend analysiert, mit welchen Gruppen ich am meisten Kontakt hielt und kam so auf gut 80-85 % meiner Arbeit für Kommunikation mit Menschen über 70 Jahren. Auch das etwas, was möglicherweise bis heute so ist und weiterhin fatal bleibt. Aber Kommunikation mit Älteren war und bleibt am einfachsten und führt am leichtesten zu Erfolgserlebnissen. Dass das so ist, kann kein Vorwurf gegenüber Einzelnen sein. Die personale Trägheit, die hier deutlich wird, ist eine systemische.

Wir führten damals übrigens als „Ausweg“ in meiner Celler Gemeinde Geburtstagsbesuche zum 40. Geburtstag ein. Wie man sich denken kann, zeigte sich dabei genau die gleiche Struktur: Solche Besuche waren möglich, auch wenn sie überraschend daher kamen. Aber auch sie brauchten zusätzliches Training, zusätzliche Motivation und damit einen zusätzlichen Energieaufwand, um sie dauerhaft seitens der Gemeinde betreiben zu können.

Verarbeitung der aktuellen menschlichen Situation in Gemeindegarbeit hinein

Schon damals stellte sich mir angesichts dieser Situation die Frage, welche Anreize gegeben sein müssten, damit entsprechende

kommunikative Außenkontakte, die mit einem hohen Frustrationsanteil einhergehen, dauerhaft erfolgen könnten. Denn klar ist: Vorübergehende Aktivitäten in dieser Hinsicht bringen nichts. Es muss sich um beständige, immer wiederkehrende Aktivitäten handeln, in denen regelmäßig mehrere Schritte gegangen werden müssen:

Wahrnehmen: Was gelingt warum? Was gelingt nicht? Wie gut kann ich mich selbst auf die anderen einstellen? Hier kann man viel trainieren. Gibt es solche Trainingsangebote?

Anerkennung der Interessen und Erfahrungen der anderen, mit denen ich zu tun habe: Was treibt die Menschen um? Was ist Ihnen wichtig – ganz unabhängig von christlicher Bewertung. Achtsame Kommunikation ist gefragt.

Aufnahme der Interessen und Erfahrungen der anderen und ihre gezielte Verarbeitung in die Gemeindegarbeit oder deutlicher noch in die Artikulation des christlichen Glaubens hinein.

Entwicklung von Angeboten aller Art, mit denen die kirchlichen Akteur*innen die anderen ansprechen wollen und zwar am besten in Form von Überraschungen. Es geht nicht um eine Eins-zu-eins-Abbildung der Interessen der anderen in kirchlicher Kommunikation oder Aktivität: Das wäre nur ein plattes Ködern, womit man auf Dauer nicht landen kann.

Allgemein gesagt geht es um die Wahrnehmung und Verarbeitung der aktuellen heutigen menschlichen Situation in die christliche Verkündigung und gemeindliche Aktivität hinein. Es geht nicht um eine Angleichung an die Erwartungen der Menschen – mit simplen Umfragen, wie wir das früher gemacht haben, „Was erwarten Sie von der Kirche?“, ist es auf keinen Fall getan. Es geht auch nicht um das Warten auf irgendwelche besonderen Situationen, in denen sich die Menschen öffnen würden.



Zerbrechlichkeit: Nötig ist eine fragile Eigenresonanz der Pfarrpersonen

Was gebraucht wird, ist im Kern die **Förderung religiöser Autorschaften**⁸: die Arbeit an und mit christlichem Glauben und christlicher Religion im Angesicht der Menschen, wie sie heute sind. Auch das erfordert zusätzliche Energie und Motivation. Das genau beschreibt die Kernkompetenz von Pastorinnen und Pastoren. Hierfür brauchen Sie Zeit und Gelegenheiten um ihre höchstgelegene religiöse Autor*innenschaft immer weiter verbessern zu können.

Dies hat auch mit dem zu tun, was ich als Eigenresonanz beschrieben habe: Religiöse Autorschaft kann sich nur entwickeln, wenn in ihr mein Ich zum Tragen kommen kann. Sie kann sich auch nur dann entwickeln, wenn es nicht bei meinem Ich bleibt, sondern sich dieses Ich durch die Interessen und Erwartungen der anderen herausgefordert erlebt. Ja, ich würde sagen, wenn ich durch die anderen „verletzt“ werde. Das heißt, wenn mich die Lebenseinstellung von anderen so traurig macht, dass ich sie vor den Konsequenzen ihrer eigenen Haltung bewahren möchte. Dann könnten produktive neue religiöse Perspektiven entstehen, aus denen sich Neuzugänge zu den anderen ergeben.

Die pastorale Eigenresonanz müsste folglich fragil bleiben: offen für Formen der Fremdresonanz, gerade von solcher, die ich zutiefst ablehne. Das hätte auch politische Bedeutung, zum Beispiel im Blick auf Ängste und Sorgen, die Menschen angesichts von Migrant*innen und Geflohenen artikulieren.⁹

8 Vergleiche dazu das Buch von Christian Sieg und Martina Wagner-Engelhaaf (Hg.): *Autorschaften im Spannungsfeld von Religion und Politik*. Würzburg 2014

9 Vergl. dazu Petra – Angela Ahrens: *Skepsis und Zuversicht. Wie blickt Deutschland auf Flüchtlinge?* Hannover 2017. Und in Kürze Christel Kumbruck: *Flüchtlingsaufnahme kontrovers. Einblicke in die Denkwelten und Tätigkeiten von Engagierten*. Baden-Baden 2020.

Austritt im Pfarramt – und was er ändern könnte

Ich möchte diese Überlegungen mit einem Vorschlag des katholischen Juristen Bernhard Schlink für eine institutionalisierte Begegnung zwischen Pastor*innen und Kirchenmitgliedern abschließen.¹⁰ Schlinks Idee ist, dass Kirchaustritte und -eintritte in Zukunft nicht mehr beim Standesamt sondern im Pfarramt erfolgen sollten. „Die Umstellung der Erklärung des Kirchaustritts vom Standesamt oder Amtsgericht aufs Pfarramt wird die Zahl der Kirchaustritte nicht wesentlich verringern. Aber sie macht aus dem Pfarrer als hilflosen Beobachter von Austritt um Austritt einen Handelnden, einen Beteiligten. Der Pfarrer wird mehr über die Ursachen der Kirchaustritte erfahren, mehr über seine Gemeinde, mehr über die Menschen, die zur Gemeinde gehören, aber nicht am Leben der Gemeinde teilnehmen. Er wird manchmal erleben, dass das Gespräch zwischen ihm und dem Mitglied, das nie gelang, jetzt doch noch gelingt, und vielleicht sogar, dass es sich ein Mitglied nach dem Gespräch anders überlegt. Umgekehrt wird der Austrittswillige ein bisschen von dem erleben, was Kirche ausmacht: Aufmerksamkeit, Zugewandtheit, Gesprächsbereitschaft. Wenn er danach der Kirche, aus der gleichwohl austritt, immerhin ein anderes Gedächtnis bewahrt – ist das nichts?“

Ob dieser Vorschlag juristisch realisierbar ist, ist offen. Aber was Schlink hier anspricht trifft den Kern des Problems. Er schreibt der Kirche positive kommunikative Attribute zu: Aufmerksamkeit, Zugewandtheit, Gesprächsbereitschaft. Solch ein Image hätten wir gerne. Aber das müssen die Menschen, die Mitglieder und eben auch die Konfessionslosen tatsächlich erfahren können. Dann könnten sich neue produktive religiöse Autorschaften ergeben, und vielleicht auch noch weitere ganz andere Formen von Mitgliedschaft oder schlichter Sympathie

10 FAZ vom 16. Januar 2020.



für die Kirche einstellen. Garantien dafür gibt es nicht. Auch solche Gespräche können formal, kalt und kurz bleiben. Aber den Versuch wäre es wert!

Auch die institutionelle Möglichkeit, den Ein- und Austritt im Pfarramt vollziehen zu können, bedeutete für die Pastorinnen und Pastoren einen Mehraufwand an Arbeit. Und zwar gerade dann, wenn es wirklich zu guten Gesprächen käme. Ich denke, dass unter den gegenwärtigen Bedingungen so etwas schon wegen der Arbeitsbelastung auf Ablehnung stoßen würde. Dennoch: Wer für sich Arbeit in diese Richtung ablehnt, muss andere Antworten darauf finden, wie eine offensive Kommunikation mit Mitgliedern und Nichtmitgliedern in Zukunft institutionell gefördert werden soll. Wer soll dafür verantwortlich sein? Wer trainiert so etwas? Und auch: Wer will das überhaupt?

Warum ist es so schwierig?

Wenn offensichtlich allen Beteiligten klar ist, was getan werden müsste, stellt sich die Frage, warum von diesen Notwendigkeiten bisher so wenig realisiert worden ist. Dazu ist eben eine Menge personenbezogen ausgeführt worden. Systemisch braucht es Anreize um den notwendigen zusätzlichen Energieaufwand aufzubringen. Das gilt weniger für den*die Einzelne, die auch unter den gegenwärtigen Bedingungen in dieser Richtung tätig werden kann und vielfach schon tätig wird. Aber das ist auch das Problem: Es hängt unter den gegenwärtigen Bedingungen an der einzelnen Person, insbesondere des Pfarrers oder der Pfarrerin.

Da gibt es charismatische Gestalten, die eine Menge bewegen. Ein Glück! Sie müssen mehr als bisher gefördert werden. Aber das alleine kann es nicht sein: Es geht um Strukturen, die entsprechende Anreize bereitstellen. Diese Frage ist nicht banal, denn – und das ist die entscheidende Erfahrung meiner Generation – der „Laden“ Kirche läuft ja auch so weiter, ohne dass ich mich selbst anstrengte und neue Wege

beschreite. Man kann sogar den frustrierenden Eindruck haben, dass Kirche besser weiterläuft, wenn ich mich selbst nicht so stark für Neuerungen einsetze. Dann funktioniert wenigstens die Verwaltung ungestört – und das, so mein Eindruck, immer enger und kontrollierender. Charismatiker*innen aber brauchen Freiräume.

Indifferenz: Auch Pfarrer*innen halten Kirchenmitgliedschaft nicht für notwendig

Wenn man über Anreize nachdenkt, die in der Kirche gegeben sein müssen, um das Verharren in Eigenresonanz zu überschreiten, wird man auf klassische Begriffsbestimmungen darüber verwiesen, wie sich Handlungsanreize gestalten können. Da sind an erster Stelle **intrinsic Motivationen** zu nennen: das, was pastorales Handeln klassisch zuvörderst anreizen soll. Abgekürzt geht es darum, dass die Kernmotivation dafür, gute pastorale Leistung zu erbringen in der Überzeugung besteht, dass es nicht nur gut sondern schlicht notwendig ist, Menschen vom Glauben an Gott, vom Evangelium zu überzeugen.

Um dies zu tun hat man seinen Beruf als Pfarrer*in gewählt und sieht darin ihre oder seine Aufgabe. Das würde in dieser Allgemeinheit sicherlich jede*r von uns unterschreiben. Schwieriger wird es hingegen mit der Notwendigkeit, Mitglied der Kirche zu sein. Parallel zum Verfall der sozialen Nötigung, Kirchenmitglied zu sein, und auch zum Verfall der Plausibilität religiöser Kommunikation in den letzten Jahren, ist es hier auch unter Theolog*innen zum Vordringen institutioneller Indifferenz gekommen. Dass es wirklich nötig, lebens- und heilsnotwendig, ist, Mitglied der Kirche zu sein, hört man heute – zumindest evangelisch – nicht mehr.

Dass an dieser Stelle sogar die klassische Differenz von Christen und Heiden festgemacht werden könnte, ist völlig unwahrscheinlich geworden. Damit aber ist die intrinsic Motivation, aktiv Mitgliederbindung voranzubringen zumindest angeknabbert, wenn nicht längst



ausgefallen. In unserer Haltung machen wir deutlich, dass es letztlich nicht wichtig ist, Mitglied der Kirche zu sein. Oder etwa nicht? Auf jeden Fall muss hierüber dringend offen diskutiert werden.

Extrinsische Fehlanreize in der Kirche

Daneben gibt es die **extrinsische Motivation**: Leistungsanreize, die aus mehr Geld, mehr Ruhm und Ehre, aus Aufstiegsmöglichkeiten und ähnlichen Belohnungen verschiedenster äußerlicher Art bestehen. Dies alles hat auch in der kirchlichen Arbeit eine Bedeutung, auch wenn es in unseren Diskussionen oft vernachlässigt wird.

Offen ist allerdings in wieweit solche Anreize für Mitgliederbindungsaktivitäten interessant sein könnten. Bisher wird damit nicht offen operiert. Gehaltszuschläge für diejenigen, denen es gelingt die Zahl der Kirchaustritte zu reduzieren oder gar die der Eintritte zu maximieren, stehen nirgends auf der Agenda. Dass jemand Bischof*in wird, weil er oder sie 100 neue Kirchenmitglieder gewonnen hat, habe ich noch nicht gehört.

Auf der anderen Seite sind die Gehälter der mittleren kirchlichen Führungsebene erhöht worden, was doch wohl mit Anreizen zu tun hat, diese Leitungsaufgaben zu übernehmen. Generell scheint es mir auch unabhängig von Gehaltsdifferenzen so zu sein, dass Belohnungen durchaus aus Stellenwechseln bestehen können. Dabei ist es wohl so, dass der Wechsel auf eine übergemeindliche Stelle, aus der unmittelbaren Konfrontation mit der Mitgliederproblematik in den Kirchengemeinden heraus, ausgesprochen positiv erlebt wird. In der hier angefragten Richtung ist dies aber eher eine Fehlentwicklung, es sei denn, dass die übergemeindlichen Dienste tatsächlich näher an den Menschen operieren würden als dies in den Kirchengemeinden passiert.

Jahresgespräche: Eigenresonanz statt Außenorientierung

Zwischen intrinsischer und extrinsischer Motivation gibt es noch einen dritten

Bereich, den man als **organisationale Zielsteuerung** bezeichnen kann. Damit ist eine Form der Steuerung des Handelns der Beschäftigten durch Vorgesetzte beschrieben, die sich seit Jahren überall in der Wirtschaft findet. Man vereinbart Zielsetzungen, die während eines bestimmten Zeitraums erreicht werden sollen, und überprüft die Ergebnisse dann in einem gemeinsamen Jahresgespräch. Der Vorteil dieses Verfahrens ist, dass die jeweiligen Vorgesetzten sich einer direkten Anweisung enthalten können und die Ausführenden zugleich die Erreichung der Ziele in ihre eigene Selbststeuerung, also intrinsisch, integrieren.

Wird aber in der Wirtschaft das Erreichen von Zielen in der Regel auch mit extrinsischen Anreizen und umgekehrt bei Nichterreichen mit Sanktionen gekoppelt, so fallen diese Möglichkeiten bei der Kirche aus. Entsprechend hat sich nach allem, was mir bekannt ist, das Jahresgespräch zwischen Vorgesetzten und Ausführenden von einem konsequent die Erreichung von Zielsetzungen evaluierenden zu einem Gespräch hin entwickelt, in dem es vor allem um gegenseitige Wertschätzung geht. Während zu Beginn der Einführung dieser Gespräche Pastor*innen deswegen auch skeptisch bis ablehnend waren, finden diese Gespräche mittlerweile große Zustimmung. Einmal im Jahr, so karriere ich jetzt, versichert man sich, sich gegenseitig bestätigend, dass doch im Grunde genommen alles in Ordnung ist, auch wenn vieles nicht klappt. Hier hat das Prinzip der Eigenresonanz schnell Übergewicht über eine Außenorientierung gewonnen. Die systemische Trägheit gewinnt.

Die Kirche dient keinen Mitgliederinteressen

Blickt man auf diese drei Ebenen einer Anreizgestaltung in der Kirche so bleibt für eine systemische, konsequent außenorientierte Kommunikationsorientierung nicht viel Spielraum. Natürlich wird sie auch nicht behindert: Wer sich



konsequent auf dieser Ebene bewegen will, kann das tun und wird dafür durchaus auch Anerkennung finden. Aber wer es konsequent nicht tun will, wird daran auch nicht gehindert. Einen strukturellen Zusammenhang zwischen Formen der aktiven Mitgliederengewinnung und -bindung oder schlicht einer aktiven Kommunikation mit Konfessionslosen und der eigenen Befindlichkeit in der Organisation kann ich nicht erkennen. Ob sich eine*r darum kümmert oder nicht, ist der gesamten Organisation strukturell gleichgültig. In dieser Hinsicht sind wir keine missionarische Organisation. Die Eigenresonanz hat Vorrang vor der Aufnahme von fremdresonanten Interessen und Erfahrungen.

Woran liegt das? Die „Schuld“ liegt ganz gewiss nicht bei den einzelnen kirchlichen Akteur*innen – jedenfalls nicht bei ihnen als Einzelne – sondern sie hängt mit dem Charakter der Organisation bzw. Institution Kirche insgesamt zusammen: Die Kirche ist als Kirche im Kern als eine zutiefst eigeneresonante Sozialgestalt verfasst. Ihr Zweck ist nicht nur nicht die Befriedigung von Mitgliederinteressen; sie ist im Kern überhaupt keine Mitgliederorganisation, sondern sie dient einem letztlich transzendent definierten Zweck: der Verkündigung des Evangeliums und der Spendung der Sakramente.

Reformation: Nur „Sekten“ dachten an ihre Mitglieder

Es klingt etwas albern, aber dort wo dieser Auftrag der Kirche im Kontext der Reformation immer wieder neu definiert worden ist, ist an keiner Stelle von Mitgliedern die Rede. Das ist in der mittelalterlichen Aufstellung der Kirche auch nicht zu erwarten, denn alle mittelalterlichen Sozialgebilde funktionieren stets als alle inkludierende Körperschaften (abgesehen von den „Sekten“, den innovativsten Formen von Kirche), oder in der neueren Fassung des Begriffs als Anstalten. Als solche umfassen sie einen großen Teil oder in der Regel die gesamte Bevölkerung im

Hinblick auf die Erbringung spezifischer Funktionen und Leistungen.

An eine dezidierte Ausrichtung dieser Leistung an den Interessen der Inkludierten oder gar an ihre aktive Mitwirkung zur Erbringung dieser Leistungen ist überhaupt nicht gedacht. Noch heute bildet sich diese Struktur in den klassischen Anstalten, wie den Landesversicherungsanstalten oder auch der alten Bundesanstalt für Arbeit (heute euphemistisch „Agentur“ für Arbeit genannt) ab. Als solche dienen sie der Erfüllung bestimmter gesellschaftlich notwendiger Aufgaben, die nicht der Zustimmung der Einzelnen bedürfen. Mithin „herrschen“ sie über ihre Mitglieder, verwalten sie.

Auch selbstverwaltete Kirchengemeinden werden als vorgegeben erlebt

Es ist keine Frage, dass unsere heutigen evangelischen Kirchen in Deutschland in diesem drastischen Sinne nicht mehr als Anstalten funktionieren – und dies schon spätestens seit dem bürgerlichen Aufbruch im 19. Jahrhundert nicht mehr. Seitdem sind Kirchengemeinden als mehr als nur Parochien, sondern auch als sich selbst verwaltende religiöse Gemeinschaften mit eigenen Kirchenvorständen begriffen worden. Niemand wird aber auch bestreiten können, dass sich im Blick auf die Gesamtsituation der Kirchenmitgliedschaft eine wirkliche Systemtransformation hin zu sich selbst verwaltenden Kirchengemeinden bisher noch nicht ergeben hat. Die Masse der Kirchenmitglieder hat die Kirche kaum anders als eine letztlich vorgegebene Institution erlebt, auf die sie wenig Einfluss nehmen können, auch wenn es abstrakt richtig ist zu sagen, dass sie es doch könnten, wenn sie nur wollten. Insofern weisen unsere Kirchen immer noch erhebliche anstaltliche Charakteristika auf, zu denen die mentale Nichtangewiesenheit auf die Zustimmung der Mitglieder gehört.

Im Fokus der Kirche sollen nicht die Mitglieder mit ihren Interessen und



Bedürfnissen stehen, sondern die Erfüllung des Auftrags der Kirche. Das muss kein Widerspruch sein, aber es fehlt ein sonst in vielen Organisationen vorhandener überlebenswichtiger Mechanismus: nämlich die strukturelle Rückkopplung von Mitgliederentscheidungen und Mitgliederinteressen im „Programm“ der Kirche. Faktisch sind Eintritts- und Austrittsentscheidungen von den grundlegenden Steuerungsentscheidungen der Organisation Kirche entkoppelt.

Man kann sich die damit gegebene Ambivalenz des Mitgliederbezuges der Kirche an der neu verabschiedeten Verfassung der Hannoverschen Landeskirche deutlich machen: Im Bewusstsein der Notwendigkeit, sich auf die Mitglieder beziehen zu müssen, ist der am Anfang der Verfassung befindliche Abschnitt über die Kirchenmitglieder modernisiert worden. Früher hieß es z.B.: „ wer sich lossagt“ – heute nur noch wer „austritt“, was folglich kein Lossagen mehr beinhalten muss. Und weiter früher: „Sie haben die Pflicht, sich an Wort und Sakrament zu halten, ein christliches Leben zu führen“ usw. Heute sind die Kirchenmitglieder hingegen „aufgerufen“, sich zu beteiligen. Aber die Struktur hat sich nicht geändert. So bleiben seltsam wirkende Formulierungen haften.

Bilden Mitglieder ihre Kirche oder wirken sie nur mit?

Interessant ist, dass alle wichtigen Formulierungen im Indikativ formuliert sind. So heißt es: „Die Mitglieder der Landeskirche wirken gleichberechtigt am Auftrag der Kirche mit.“ Und weiter dann, dass alle Mitglieder aufgerufen sind, mitzuarbeiten: „Die Landeskirche informiert sie in geeigneter Weise über wichtige Angelegenheiten des kirchlichen Lebens.“ (Artikel 9). Ausgetretene bleiben eingeladen, wieder Mitglied der Kirche zu werden (Artikel 10). Und dann strukturell ganz entscheidend der Satz: „Jedes Mitglied der Landeskirche ist Mitglied einer Kirchengemeinde.“ (Artikel 7) Ohne

diese Formeln im Einzelnen weiter zu analysieren, bleibt mein Eindruck erhalten, dass die Mitglieder immer noch etwas anderes sind als „die Kirche“, zu der sie doch eigentlich nicht nur gehören, sondern diese in gewisser Hinsicht geradezu ausmachen.

Besonders deutlich wird dieser Charakter, wenn man der Zuordnung der Mitglieder zu einer Kirchengemeinde weiter nachgeht und schon in Artikel 21 zu lesen bekommt, dass die Kirchengemeinden mehr oder minder reine Verfügungsmasse der Kirchenleitung und des Landeskirchenamtes sind. Sie kann Kirchengemeinden jederzeit neu gründen, auflösen und fusionieren – und kann das im Übrigen auch mit den Kirchenkreisen (Artikel 32) tun. Die elementare Mitgliederzuordnung, ihre Einbindung in die Kirchengemeinden, ist folglich nicht allzu viel wert. Sie ist nur Unterordnung. Die Kirchenleitung kann mit ihr jederzeit „spielen“.

Das bedeutet nichts anderes, als dass schon an dieser elementaren Stelle Mitgliederinteressen und Interessen der Kirchenleitung strukturell entkoppelt bleiben. Man kann darauf antworten, dass sie als Kirchenmitglied ja Mitglied der Kirchenleitung werden könnten. Im Prinzip – aber diese Antwort verbietet sich eigentlich von selbst. Dabei wird gerade von der Kirchenleitung bei jeder sich passenden Gelegenheit immer wieder betont, dass es gelte die Mitgliederinteressen ernst zu nehmen. Die Kirche ist auf jeden Fall auch eine Mitgliederorganisation. Vielleicht eine solche *sui generis* – aber sie ist es. Sie kann das nur um den Preis der Selbstvergessenheit ihrer Struktur, in reiner Eigenresonanz, verleugnen.

Damit ist zugleich etwas über die Rolle der Kirchengemeinden gesagt. Dadurch, dass die Mitglieder an allererster Stelle einer Kirchengemeinde zugeordnet werden, die in der Folge für sie verantwortlich zu sein hat, haben Kirchengemeinden eine nicht zu überschätzende Funktion für die Mitgliederbindung. Kirchengemeinden



sind die Basisorganisationen der Kirche und alle Untersuchungen zeigen, dass sie von den Mitgliedern auch so wahrgenommen werden.

Wenn man kirchlicherseits der Meinung ist, dass diese Struktur nicht mehr leistungsfähig und überholt sei, sollte man die Mitglieder primär anderen kirchlichen Einheiten oder vielleicht sogar der Kirche insgesamt zuweisen. Allerdings ist diese Zuweisung zur parochialen Ebene ein seit Jahrhunderten wirkendes anstaltliches Element – und zwar eines der wichtigsten.

Kirche: Austreten ohne zu schaden, Eintreten ohne zu nützen

Nun wirkt diese anstaltliche Reststruktur der Kirche insgesamt auf die Mentalität der Menschen ein. Nicht zuletzt hat sie mit einer weitverbreiteten Haltung zu tun, die die eigene Entscheidung über Kirchenaus- oder -eintritt von der Leistungsfähigkeit oder überhaupt von der Existenz der Kirche insgesamt ablösen kann. Zumindest wird für die Einzelnen nicht deutlich genug, dass ihr Austritt gravierende Folgen für die Präsenz von Kirche vor Ort hat; denn im Wesentlichen verändert sich durch einen Austritt ja gar nichts: Normalerweise reagiert niemand darauf. Anstaltliche Strukturen fördern in dieser Hinsicht die Indifferenz: Wer würde sich schon für die Existenz der Arbeitsagentur für verantwortlich halten? Anders kann dies nur auf der Ebene der Kirchengemeinden aussehen: dort, wo konkrete Angebote im lokalen Nahraum auf die Interessenlagen der Mitglieder stoßen, wenn es sie denn gibt. Natürlich gibt es auch die mediale Präsenz der Kirche, zum Beispiel prominent und weit verbreitet seit vielen Jahren „chrismon“.

Das entscheidende Scharnier zwischen Kirche und Mitgliederinteressen stellen aber die Pastor*innen und andere kirchliche Akteur*innen dar. Durch die Art ihrer Kommunikation bringen sie den Mitgliedern Wertschätzung entgegen, machen

sich durch ihre Präsenz ansprechbar – oder aber sie tun es nicht. Wie sich dies genau abspielt, ist mangels entsprechender Studien kaum empirisch abgesichert. Kommunizieren Pastorinnen und Pastoren wirklich offen, freundlich und verbindlich oder weisen Sie (zum Beispiel durch übertrieben joviales Verhalten) Mitglieder eher ab? Das wissen wir im Einzelnen nicht genau und damit fehlt uns Wissen über die fast alles entscheidende Kommunikationsebene der Kirche. Die großen Kirchenmitgliedschaftsstudien der EKD analysieren die Frequenz des Kontaktes – da hat sich einiges zu eher anonymen Begegnungen verschoben. Aber sie lassen völlig offen, wie der Kontakt denn erlebt wird.

Interessen anderer haben für Pfarrer*innen kaum Bedeutung

Was aber aus einer Reihe von Studien über das Selbstverständnis und die Selbstwahrnehmung von Pastor*innen bekannt ist, ist ein Spezifikum ihrer Mentalität, das viel mit Eigenresonanz zu tun hat. So mag es sein, dass Pastoren und Pastorinnen recht gut Interessen und Bedürfnisse anderer wahrnehmen können – für ihr eigenes Selbstverständnis haben sie jedoch wenig Bedeutung. Pastoren und Pastorinnen beziehen sich in ihrer Selbstwahrnehmung primär auf ihr eigenes „inneres“ Selbstverständnis und finden Kriterien für einen „Erfolg“ ihrer Arbeit genau hier: intrinsisch. Deutlich zu erkennen ist deswegen eine Distanz zu Erwartungen anderer an ihre eigene Arbeit, sei es aus der eigenen Gemeinde oder gar aus übergemeindlichen Anspruchslagen.

Auch Entwicklungen der eigenen Gemeinde, ihr Schrumpfen oder Wachsen, oder auch die Frage einer zunehmenden „Überalterung“ beunruhigen sie eher nicht. Distanziert sind sie auch nach wie vor gegenüber modernen Organisationsmethoden, wie der Vereinbarung von Zielen und der konsequenten Evaluation ihrer Erreichung. Ihre Selbstkonzepte sind ohnehin nicht besonders präzise, so dass sich schon von daher eine beständige Relativierung



von Außenorientierungen ergeben muss; denn wer nicht genau sagen kann, was er oder sie*er mit ihrer*seiner Arbeit erreichen will, kann deren Wirkungen auch nicht in der Umwelt überprüfen. Im Vordergrund steht somit eine starke Selbstbezüglichkeit ihres Selbstverständnisses, was mit der notwendigen Authentizität zu tun haben wird, die für die Ausübung ihres Berufes absolut notwendig ist. Der starke Bezug auf Eigenresonanz ist folglich einerseits funktional, blockiert aber andererseits notwendige Außenbezüge, die für eine organisationale Entwicklung der Arbeit unabdingbar wären.

Auch ohne gesellschaftliche Anerkennung bleibt hohe Selbstzufriedenheit

Bei aller Klage über zunehmende Arbeitsbelastung fällt auch die insgesamt große Arbeitszufriedenheit der Kolleg*innen auf. Diese Zufriedenheit kann nicht aus der Lage der Gemeinde oder der Kirche insgesamt resultieren, sondern ergibt sich fast ausschließlich aus dem Bezug auf sich selbst. Es ist eine eigenresonante Zufriedenheit: Ich bin mit mir selbst zufrieden. Das ist ja auch nichts Schlechtes, sondern für die Ausübung eines Berufes, der gesellschaftlich an Anerkennung verloren hat, wahrscheinlich von fundamentaler Bedeutung.

Dennoch muss man fragen: Wo bleibt die Unruhe, die Ungeduld, die Unzufriedenheit mit der Situation der Kirche oder auch der des Landes, mit den Menschen, die der pastoralen Arbeit im Regelfall nur noch mit Indifferenz begegnen? Wo ist das Interesse an den anderen in den pastoralen Selbstkonzepten verankert? Die Hauptklage der Pastorinnen und Pastoren ist, dass sie zu wenig Zeit und Muße zur theologischen Arbeit hätten. Ist das der Wunsch nach einer Verarbeitung der Situation des modernen Menschen, wie ich es zu Beginn dargestellt habe? Oder ist es die Sehnsucht nach mehr Zeit für sich selbst, ohne darin von den Mitgliedern der Kirche oder gar von anderen belästigt

zu werden? Auch das wäre nichts Verwerfliches, sondern etwas, was es in allen Organisationen der Welt gibt und was klassisch unter dem wunderbaren Satz eines Verkäufers rubriziert: „Mein Gott, was tue ich bloß? Da kommen ja Kunden!“

Kirchenvorstände: pro-sozial und anti-missionarisch

Von strukturell noch größerer Bedeutung ist die Tatsache, dass sich diese mental kommunikative Haltung unter den Pastor*innen in einer ähnlichen Form in den Leitungsgremien der Kirchengemeinden abbildet. Darauf hat das erste Kirchengemeindebarometer des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD hingewiesen.¹¹ Zwar ist in den Kirchenvorständen die Wahrnehmung von Defiziten in der Gemeindegearbeit, zum Beispiel in der Kinder und Jugendarbeit, sehr gegenwärtig. Zugleich aber ist kennzeichnend, dass sich das Interesse in den Kirchenvorständen, und in dieser Hinsicht auch ihre Beschreibung der gemeindlichen Situation, weniger auf die Verstärkung religiöser Aktivitäten und die Verbesserung der Plausibilität religiöser Kommunikation richtet, sondern viel eher auf soziale Aktivitäten. Gemeindegearbeit wird als soziale Tätigkeit mit gemeinschaftlichen Vorstellungen assoziiert. Dabei ist es im Verhältnis zum Religiösen insgesamt ein sehr viel diffuseres Konzept, unter dem sich die verschiedensten Interessen versammeln können. Es ist nicht deutlich erfassbar, wohingegen im Blick auf religiöse Aktivitäten eine missionarische Ausrichtung der Kirchengemeinden fast überall abgelehnt wird.

Entscheidend ist die Atmosphäre im Kirchenvorstand, nicht die Lage der Kirchengemeinde

Entscheidend in unserem Zusammenhang sind jedoch weniger diese inhaltlichen Zuschreibungen der Kirchenvorstände auf

¹¹ Hilke Rebenstorf, Petra-Angela Ahrens, Gerhard Wegner: Potenziale vor Ort. Erstes Kirchengemeindebarometer. Leipzig 2015, S. 158 ff., besonders S. 162.



ihre eigene Kirchengemeinde sondern das Verständnis ihrer eigenen Arbeit. Hier zeigt sich, dass die Frage, ob Kirchenvorstände eine erfolgreiche oder nicht erfolgreiche Arbeit liefern, nicht so sehr über eine genaue Evaluation der Gemeindegemeinschaft beantwortet wird, sondern vor allem durch die Beschreibung des Klimas in den Kirchenvorständen selbst. Das heißt, dass sich die Mitglieder eines Kirchenvorstandes dann einig sind, gute Arbeit geleistet zu haben, wenn sie sich untereinander mit Anerkennung begegnet sind und in dieser Hinsicht die Arbeit in den Vorständen befriedigend war. Die Lage der Gemeinde ist demgegenüber nicht so entscheidend. Wiederum findet sich hier systemische Eigenresonanz verwirklicht. Etwas zugespitzt kann man sagen, dass weder die Situation in der Gemeinde noch die Situation im Umfeld der Gemeinde auf großes Interesse in den Vorständen stößt. Die Folgen liegen auf der Hand.

Warum gibt es keine massive Unzufriedenheit unter den Pastor*innen und in den Gemeinden? Alles wird immer weniger und schwieriger, aber man nimmt das so hin. Hauptsache, die Stimmung unter uns bleibt gemeinschaftlich, was deutliche Kritik immer wieder an den Rand rückt und im Zweifel sogar stigmatisiert. Hat dies mit der anstaltlichen Situation der Kirche insgesamt zu tun, die eine mögliche Wahrnehmung von Verantwortung für die eigene Gemeinde faktisch immer wieder unterläuft? Hat es mit dem pastoralen Amtsverständnis zu tun?¹²

Wo wird die Zukunft der Kirche entschieden – hier oder irgendwo?

Für mich war auf Kirchenkreistagen und in Kirchengemeinden eine Erfahrung

¹² Nach wie vor „feiern“ die Pastoraltheologien das Amtsverständnis auf Kosten von Außenorientierungen ab. Vergleiche Michael Klessmann: Das Pfarramt. Einführung in Grundfragen der Pastoraltheologie. Neukirchen-Vluyn 2012, wo die Kirchengemeinde kaum vorkommt. An dieser Stelle fehlt viel empirische Forschung über die Bedeutung von Amtsstrukturen.

prägend: Wann immer ich einen entsprechenden Vortrag gehalten habe, habe ich mit der These geschlossen, dass die Zukunft der Kirche nicht irgendwo sondern konkret „hier“ im Kirchenkreistag oder in der Gemeinde entschieden werden würde. Das stieß nicht auf Zustimmung. Nach dem obligatorischen Beifall meldete sich regelmäßig jemand und korrigierte mich: Nein, nicht hier in unserer Gemeinde oder in unserem Kirchenkreis, sondern in den Landeskirchenämtern würde über die Zukunft der Kirche entschieden. Darauf hätte man keinen wirklichen Einfluss.

Erstaunliche Sätze – ist das so? Wenn es so ist, dann stimmt etwas an der Konstruktion der Basis von Kirche nicht. Ob man es schön findet oder nicht: Die Kirchengemeinden sind für die Kirchenmitglieder die entscheidende Resonanzebene. Das mag im katholischen Bereich anders sein, aber in unserer evangelischen Kirche wird Kirche, wenn überhaupt, dann hier erlebt. Wenn sich aber diese Ebene als nicht wirklich verantwortlich für die Zukunft von Kirche erfährt, erodiert an dieser alles entscheidenden Stelle die Mitgliederbindung.

Nun müsste man in der Richtung dieser Analyse weitere Arbeitszweige der Kirche analysieren, zum Beispiel die für die Zukunft von christlichem Glauben und Kirchenbindung alles entscheidende Ebene der frühkindlichen Sozialisation, das heißt der Kindertagesstätten und der Arbeit mit Kindern allgemein. Mit welcher Wirkung wird hier religiöse Sozialisation betrieben? Dazu fehlt es an Studien. Des Weiteren müssten Formen übergemeindlicher Arbeit und die Kirchenmusik als dem wohl umfassendsten ehrenamtlichen Bereich der Kirche in den Blick genommen werden. Es könnte gut sein, dass sich in bestimmten Aktivitäten der Kirche die eher an den „Markt“ angekoppelt sind (zum Beispiel in der Evangelischen Erwachsenenbildung oder auch in den Evangelischen Akademien) viel deutlichere Rückkopplungen von Mitgliederinteressen an Angebote finden lassen,



da nachlassendes oder wachsendes Interesse hier viel schneller – auch finanziell – durchschlägt. Daraus könnten Modelle einer besser rückgekoppelten Angebotsentwicklung abgeleitet werden.

Kirchengemeinden müssen die finanziellen Folgen spüren

Generell muss festgehalten werden, dass die Kirche in ihrer gegenwärtigen Struktur unzureichend an Mitgliederentscheidungen angebunden ist. Eine Kirchengemeinde wird zwar in der Regel über Listen mitbekommen, wer ausgetreten oder eingetreten ist – welche Folgen diese Entwicklung jedoch gerade im Blick auf die Finanzen hat, bleibt ihr weitgehend verborgen. Das führt zu einer weitergehenden Überlegung: Die Kirchengemeinden müssten die finanziellen Folgen von Ein- und Austritten erfahren können. Dies dürfte nicht nur in abstrakter Hinsicht der Fall sein, sondern müsste mit Folgen für die Arbeit in die Kirchengemeinden und deren Finanzierung verbunden sein. Anders gesagt: Kirchengemeinden die sich bemühen, Kirchenbindung zu verstärken und Austritte zu verringern, müssten davon konkret etwas haben. Dann könnte man erkennen, welche Bedeutung der kirchengemeindliche Kindergarten für die Mitgliederbindung hat und er würde besser in das Leben der Kirchengemeinde eingebunden, sofern die Gemeinde überhaupt noch auf ihn Einfluss hat.

Nun muss man an dieser Stelle darauf hinweisen, dass das alte System der institutionellen Abkopplung der kirchlichen Arbeit von den Mitgliederinteressen qua anonymer Erhebung der Kirchensteuern große Vorteile gehabt hat. Es sicherte die Freiheit und Unabhängigkeit gerade der pastoralen Kommunikation und damit der Verkündigung in den Kirchengemeinden. Das ist in keiner Weise gering zu schätzen. Das System mit seinen im weltweiten Vergleich komfortablen Absicherung der kirchlichen Arbeit konnte deswegen auch theologisch als institutionelle Umsetzung

eines Kirchenverständnisses verstanden werden, in dem die Kirche nicht eigentlich Ziele und Interessen – auch keine Mitgliederbindung – verfolgt, sondern sich ausschließlich von ihrem Auftrag her in der Gesellschaft bewegen kann.

Heute wird allerdings immer klarer, dass die Voraussetzung für dieses System eine umfassende Einbettung von Kirche und christlichen Glauben in der Gesellschaft ist, die dazu führte, dass man wenig Zeit auf Fragen der institutionellen Absicherung oder gar des Agierens in einer missionarischen Situation verwenden musste. Wo Kirche und Glauben in dieser Hinsicht selbstverständlich sind, ist die eigenresonante Wirklichkeit der Kirche zu großen Teilen deckungsgleich mit dem, was in der Gesellschaft geschieht. Wobei man sofort einwenden kann, dass dies nie für die gesamte Gesellschaft galt, sondern nur für spezifische mittlere gesellschaftliche Milieus. Aber das reichte für die Reproduktion von religiöser Kommunikation und Kirche lange aus.

Heute braucht Kirche eine apologetische Zentrale

Heute ist diese Situation definitiv zu Ende gekommen. Weder Kirche noch Religion ist in der Gesellschaft noch selbstverständlich. Heute muss um die Handlungsmöglichkeiten von Kirche und um die Relevanz von christlichen Glaubensüberzeugungen aktiv gekämpft werden! Eine früher vorhandene naturgegebene Nachfrage nach Kirchen und Glauben erodiert immer weiter. Religion und Kirche sind deswegen gezwungen, sich angebotsorientiert zu verhalten, in der Entwicklung von Angeboten Interessen der Menschen aufzunehmen und immer wieder neue Gelegenheiten der Begegnung mit Kirche und Glauben zu schaffen. Im Grunde genommen braucht es hierfür kirchliche Planungseinheiten, die die Entwicklungen in der Gesellschaft – von der Musik, über kulturelle Produktionen aller Art bis hin zu grundlegenden Werteverstärkungen – beobachtet und in



aktives Handeln umsetzt: eine neue Art von apologetischer Zentrale! Was nicht mehr ausreicht ist als die Schaffung von kleinen Arbeitsstellen in Reaktion auf neue soziale Bewegungen. Das verkennt die Bedeutung der gesellschaftlichen Verschiebungen.

Reformen verstärken die Abwärtsspirale

Gegenwärtig laufen in unseren Kirchen Reformkonzepte, die in vielerlei Hinsicht mit Aufbrüchen in Richtung einer verbesserten Kommunikation mit anderen zu tun haben: von Erprobungsräumen mit der Förderung experimenteller Projekte, missionarischen Beauftragungen und vielem mehr. Von besonderer Bedeutung scheint mir der gegenwärtige Boom an einer sozialraumorientierten Ausrichtung der Kirchengemeinden zu sein. Entscheidend für das Gesamtgepräge sind diese Aktivitäten aus meiner Sicht aber nicht, denn das sind die überall anzutreffenden Bestrebungen, den gesamten Bau der Kirche angesichts zu erwartender geschrumpfter Finanzen deutlich herunterzufahren. Eine Reihe von Mitglieder- und Finanzprognosen, die in der letzten Zeit angestellt worden sind (zum Beispiel die bekannte Freiburger Prognose von DBK und EKD), dienen dazu, die Notwendigkeit des Runterfahrens einzuschärfen und legen den Abbau von Stellen und die Fusion von Kirchengemeinden (mit den Vorstufen von Regionalisierung und anderen Kooperationsformen) nahe. Parallel dazu kommt es in der Regel zu einer Aufwertung der mittleren kirchlichen Ebenen.

Natürlich schlägt der Rückgang von Mitgliedern und öffentlicher Resonanz auf die Bereitstellung von kirchlichen Angeboten negativ durch. Wenn eine Kirchengemeinde fünf Predigtstellen hat und in die Gottesdienste im Durchschnitt noch zwei bis drei Personen kommen, kann man so etwas nicht mehr lange vorhalten. Das generelle Schrumpfen wird weitergehen. Nicht ob, sondern wie es geschieht, ist die Frage. Auf der anderen

Seite ist auch deutlich, dass durch das Runterfahren die Gelegenheiten für Kirchenmitglieder sich in bedeutsamer Form zu engagieren ebenfalls reduziert werden und die Abwärtsspirale verstärkt wird.

Meine eigene Kirchengemeinde soll jetzt mit zwei weiteren fusioniert werden, was praktisch bedeutet, dass aus bisher drei Kirchenvorständen mit fast 30 Personen in Zukunft noch einer mit 10 Mitgliedern resultiert. Dieser eine Kirchenvorstand ist dann geographisch und sozialkulturell weiter entfernt von den Menschen in den Dörfern, als dies bisher der Fall war. Diese Defizite sollen durch erhöhte ehrenamtliche Aktivität ausgeglichen werden. Um dies zu erreichen, müsste die Attraktivität der gemeindlichen Ebene, und das heißt ihre Autonomie deutlich gestärkt werden.

Was könnte nun in dieser Situation hilfreich sein?

In genereller Hinsicht habe ich meine Vorschläge schon angedeutet: Es geht um die Förderung religiöser Autorschaft mit dem Ziel einer verbesserten extensiven und intensiven Kommunikation mit Kirchmitgliedern und anderen. Dabei ist die Klärung der Verantwortlichkeit für Kirchenbindung vorrangig. Ein Großteil der heute noch großzügig vorhandenen Ressourcen muss gezielt für diese Aufgabe eingesetzt werden. Sofern dies nicht geschieht, muss man angesichts der gegenwärtigen Situation der Kirche von Ressourcenverschwendung reden.

„Add members or don't do it!“

Wenn es immer noch so ist, wie zu meiner aktiven Zeit in der Gemeinde, dass die Kommunikation von Pastor*innen zu über 80 % mit über 70-jährigen erfolgt, müssen alle Alarmsirenen heulen. Mit einer alten Parole aus der Wirtschaft: „Add value, or don't do it!“ – „Add members or don't do it!“ Diese alltagspraktische Maxime kann man nicht mehr beiseiteschieben: wegen



des Bestands der Institution Kirche und wegen der Zukunft des Christentums in unserer Ich-Gesellschaft.

Damit so etwas greifen kann, müssen Ziele unserer Arbeit definiert werden, um Erfolge und Misserfolge in der Arbeit sichtbar machen zu können. Das deckt Schwachstellen und Hohlräume auf. Aber es ist nicht der Druck „von oben“, der hier das Unangenehme befördern kann, sondern es ist die Situation unserer Kirche insgesamt, die immer weniger angenehm wird und deutlicher Unzufriedenheit und Ungeduld herausfordern sollte.

Was es in dieser Hinsicht zu allererst braucht, ist eine große Studie über das kommunikative Verhalten von Pastor*innen in der Wahrnehmung von Kirchenmitgliedern und anderen. Bisher scheuen wir solche Studien wie die Teufel das Weihwasser, nicht zuletzt weil wir wohl Angst vor den Ergebnissen haben. Die von mir referierten Ergebnisse aus den Pastor*innenstudien lassen erwarten, dass durchaus markante Defizite in dieser Kommunikation vorhanden sein können.

Kirche braucht mehr Marktwirtschaft und Konkurrenz

Der Kern des Problems besteht in einer besseren Verknüpfung von Mitgliedererwartungen und den kirchlichen Programmen. Kirchenmitglieder und auch alle anderen müssen prospektiv erfahren können, dass die kirchliche Arbeit mit allem, was dazugehört, wegbricht, wenn sie selbst die Kirche nicht mehr unterstützen – und sie müssen die Gewähr dafür haben, dass sie, wenn sie sich für ihre Kirche einsetzen, auch etwas für die Stabilisierung der Angebote tun. Direkte, konkret erfahrbare Bezüge sind von ganz großer Bedeutung und alleine schon deswegen bleibt die Ebene der parochialen Kirchengemeinden trotz aller Schwächen von erheblicher Bedeutung. Denn nur hier kann man solche konkret erfahrbaren Bezüge herstellen.

Die Verknüpfung von Angebot und Nachfrage, also von Mitgliederinteressen

und kirchlichen Angeboten, geschieht am präzisesten, wenn sie sich über Marktmechanismen vollziehen kann: Wenn nicht nur deutlich wird, wofür Mitglieder bereit sind finanzielle Mittel aufzuwenden, welchen Tausch sie eingehen wollen, sondern wenn dieser Tausch auch erhebliche Relevanz für das Anbieten von Angeboten hat. Es braucht in dieser Hinsicht mehr Marktwirtschaft in unserer Kirche, was zugleich die Notwendigkeit impliziert, sich auf ein weites Feld vieler säkularer Konkurrenzangebote einzulassen.

Diese Konkurrenz existiert bereits im religiösen Feld zwischen verschiedenen Anbietern, aber sie existiert auch weit in den vermeintlich säkularen Raum hinein. Hier wachsen auf allen Ebenen immer mehr attraktive Angebote, die sich in der Leistung in Richtung Sinnstiftung kaum noch von kirchlichen Angeboten unterscheiden. Aber von einem aktiven Agieren auf solchen religiösen Märkten sind wir noch weit entfernt, da unsere Kirche aufgrund ihrer derzeitigen Verfasstheit es nicht nötig hat, sich wirklich der Konkurrenz zu stellen. Ökonomisch gesehen verhält sich unsere Kirche nur in wenigen Bereichen marktwirtschaftlich, im Grunde operiert sie eher planwirtschaftlich – so als könnte sie die Religion in der Gesellschaft verwalten und würde Interessen der Mitglieder bestens kennen. Die Situation ist mit den öffentlich-rechtlichen Medienbetreibern zu Beginn der privaten Konkurrenz vergleichbar.

Eine bessere marktwirtschaftliche Aufstellung der Kirche braucht die immer mal wieder zitierten „Ekklesiopreneure“. Das wären Personen, die sich unternehmerisch auf die veränderten religiösen Nachfrage- und Angebotsstrukturen einlassen und innovative Angebote entwickeln. Dabei sind sie bereit, Risiken und Scheitern einzugehen. Sie haben ihre Mission im Hinterkopf und sind darin verliebt, Menschen für die Kirche und das Evangelium zu gewinnen. Ihre der Sache bestünde darin, dass es ihnen um den Aufbau resilienter, nachhaltiger und sich selbsttragender



Strukturen geht, die nicht mehr von der kirchlichen Finanzkraft abhängig sind. Das wären entweder einzelne Personen oder kleinere autonom operierende Einheiten. Ihnen lässt unsere Kirche Unterstützung zukommen, selbst dann, wenn es sich um etwas schräge Ideen und sogar um die Konkurrenz zu herkömmlichen kirchlichen Angeboten handelt. Man könnte an dieser Stelle soweit gehen, dass man als Voraussetzung für eine berufliche Laufbahn in der Kirche, sprich für eine Verbeamtung, eine Zeitlang in solchen offenen ungesicherten Strukturen voraussetzt. Das wäre sozusagen eine Art Exposure, ein radikales Sich-Aussetzen den anderen gegenüber. Allerdings: Die Operationslogik solcher „unternehmerischen“ Prozesse liegt nicht selten quer zu landeskirchlichen Verwaltungsverfahren. Konflikte sind programmiert.

Keine Fusion ohne neue Vision!

Dies wäre eine radikale Vision eines anfänglichen Umbaus der Kirche von einer Anstalt, die auf ihre Mitglieder keine Rücksicht nehmen muss, hin zu zivilgesellschaftlichen oder sogar eigenwirtschaftlichen Einheiten, die in großer Selbstverantwortlichkeit, mit dem Ziel sich selbst finanziell auf eigenen Füßen zu halten, in der Gesellschaft operieren. Es werden wenige sein, die diesen Weg von sich aus gehen. Sicherlich gibt es auch eine ganze Menge Möglichkeiten, innerhalb des bestehenden Entwicklungspfad der Kirche die Verknüpfung von Mitgliederinteressen und Kirchenprogramm zu verbessern. Das könnte damit beginnen, dass die schlichten Rückbaukonzepte, sprich die Fusionierung von Kirchengemeinden, stets mit der Entwicklung zumindest einer neuen richtungsweisenden Aktivität verbunden werden: keine Fusion ohne Vision!

Dazu muss man davon abkommen, bei einer Fusion lediglich Aktivitäten zusammenzulegen, sondern Aktivitäten und Arbeitsbereiche, die erfolgreich sind, in besonderer Weise durch die Zusammenlegung fördern. Nicht das gesamte

Programm der fusionierten Kirchengemeinden muss erhalten bleiben: Es geht nicht darum Defizite auszugleichen, sondern konsequent Stärken zu stärken. Wenn man mehrere Lichter ausknipst, sollte man einen Leuchtturm errichten, der heller strahlt als die bisherigen Lichter. Nur wenn so etwas gegeben ist, könnten Fusionen sinnvoll sein.

Schon umsetzbar: digitale Geburtstagsbesuche und Beschwerdemanagement...

Zudem gibt es auch in der gegenwärtigen Struktur unendlich viel zu tun, was eine bessere Kommunikation mit den Kirchmitgliedern anbetrifft. Dazu bieten die digitalisierten neuen Welten herausragende Möglichkeiten, die konsequent aufgegriffen werden müssen. Die Chancen, relativ alltäglich mit den eigenen Kirchmitgliedern kommunizieren zu können, waren technisch noch nie so gut wie heute. Das betrifft nicht zuletzt das Management von Begrüßungen oder Verabschiedungen von Menschen aus den Gemeinden bis hin zu einer wenigstens digitalen Kommunikation beim Ein- oder Austritt. Nicht zuletzt die alte Idee von Geburtstagsbesuchen zum 40. oder 50. Geburtstag könnte mit digitaler Unterstützung ohne großen Aufwand bewältigbar sein. Wenn man das vorhandene kirchliche Geld überhaupt irgendwo hinein investiert, dann in diese Bereiche. Von entscheidender Bedeutung ist nicht zuletzt, wie in allen großen Organisationen, das achtsame Management von Beschwerden. Nichts bindet Menschen so an eine Organisation, wie eine gute und anerkennende Behandlung in Fällen von eigener Unzufriedenheit – und nichts stößt sie so ab wie das Gegenteil.

... und Menschen mit ihren eigenen Wünschen überraschen.

Die Kommunikation mit den Mitgliedern und den vielen Menschen, die längst von der Kirche Abschied genommen haben,



hat nicht das Ziel, deren Interessen und Wünsche einfach eins zu eins in das kirchliche Programm hinein zu kopieren. Das kann nicht funktionieren, da viele Menschen gar keine wirkliche Vorstellung davon haben, was sie denn letztendlich von Kirche und christlicher Religion erwarten könnten. Fragt man Kirchen-distanzierte oder unkirchliche Menschen nach ihren Erwartungen von Kirche, stößt man auf banale Klischees, die sie von einem Besuch von Kirchenveranstaltungen abhalten. Das Muster hierfür ist der für Kirche immer noch zentrale Gottesdienst am Sonntagvormittag, der nicht nur bei den Unkirchlichen ein schlechtes Image hat. Dabei geht es um ein verfestigtes Fremdbild von dieser Veranstaltung, nicht um diese Veranstaltung selbst. Wenn eine Kirchengemeinde im Gemeindebrief und im Schaukasten zentral mit ihrem Gottesdienst am Sonntagvormittag wirbt, erfüllt sie zwar die Erwartungen der Masse der Menschen, aber sie tut es so, dass diese Menschen fernbleiben. Dieses Paradox gilt es angebotsorientiert zu knacken: das Überraschen der Menschen mit ihren Interessen und Wünschen.

Es war für mich immer wieder faszinierend zu erleben, welche großartigen Gottesdienste mit fantastischer Musik und Predigten angelegentlich von Einführungen von Bischöf*innen oder anderen Menschen in kirchenleitenden Positionen veranstaltet werden. Da kann man wirklich Kirche vom Feinsten erleben! Der Witz an der Sache ist nur, dass diese Gottesdienste für diejenigen veranstaltet werden, die hauptamtlich in anderen Bereichen der Kirche tätig sind und sich dann immer mal wieder irgendwo in Deutschland versammeln. Das durchschnittliche Mitglied erlebt diese herausragenden Gottesdienste gerade nicht. Sie vergewissern diejenigen, die ohnehin in guter Stellung und oft auch gut bezahlt dabei sind. Auch das ist wichtig, aber ich habe dann oft das Gefühl, dass die Energie und die Ressourcen für die Kommunikation mit den Mitgliedern besser investiert wären.

Auch Glaubensburgen können Wirkung entfalten ...

Man kann das alles anders sehen. So könnten die aufgezeigten Kommunikationsprobleme der Kirche, insbesondere diejenigen des pastoralen Personals, mit guten Gründen auch als gesellschaftlich notwendig verstanden werden. Die religiöse Kommunikation des Evangeliums sei in der vollentwickelten „Ich-Gesellschaft“ gar nicht anders als eigenresonant zu betreiben, weil sich die Menschen gegen sie immunisiert hätten. Der lebendige Christus sei heute ein Fremder. Wer auch immer sich offen zu ihm bekenne und eine entsprechende lebendige transzendente Kommunikation entwickle, werde umgehend auch zu einem Fremden.¹³ Der Resonanzraum des Christusbezuges sei erheblich geschrumpft. Allein diesen „Namen“ zu nutzen sei schwierig, weil es zu eher peinlichen Situationen führen würde. Damit sei die Kernkommunikation des Christlichen „peinlich“ geworden und werde deswegen eher verschwiegen.

Da ist etwas dran. Die Folge wäre der Rückzug in feste Burgen der gegenseitigen Glaubensstärkung mit hohen Wällen nach außen. Das könnten auch attraktive Glaubenszentren sein, die gerade durch den Verzicht auf bemühte Außenwirkung eine Wirkung erzielen könnten. Vielleicht ist das tatsächlich ein Weg der Zukunft – und auch gar nicht das Schlechteste. Aber solange es noch viele Möglichkeiten zur kirchlichen Kommunikation gibt, bin ich nicht bereit, diesen Weg zu präferieren.

... aber Sozialraumorientierung stärkt die Kommunikation.

Deswegen ein letztes Wort zum Thema Sozialraumorientierung. Damit ist gemeint, dass sich die parochialen Kirchengemeinden gemeinsam mit der

¹³ Vergl. als ein besonders herausforderndes Beispiel T.M. Luhrmann: When God talks back. Understanding the american evangelical relationship with God. New York 2012.



Diakonie, anderen Wohlfahrtsverbänden, Akteur*innen der Zivilgesellschaft und den Kommunen aufmachen, um für eine Verbesserung von Lebensqualität in ihren Gemeinwesen, Quartieren, Stadtteilen und Dörfern zu sorgen. Es ist erstaunlich, dass solche Aktivitäten, nachdem sie lange wenig Aufmerksamkeit fanden, nun in allen Landeskirchen und von der EKD gefördert werden.

Solch eine Bewegung gab es in den siebziger und achtziger Jahren mit der Rezeption von Gemeinwesenarbeit in der Kirche schon einmal. Aber dieser Boom fand mit der religiös ästhetischen Wende und der Besinnung auf die „Kernkompetenzen“ in den Achtzigern sein Ende. Nun gibt es wieder großes Interesse an entsprechender Vernetzung, die mit einer Öffnung der Kirchengemeinden zu ihrem Umfeld einhergeht.¹⁴ Das bietet große Chancen, die Kommunikation mit den eigenen Mitgliedern aber vor allem auch anderen Menschen erheblich zu verbessern und auf diese Weise auch kirchliches Leben und religiöse Kommunikation wieder besser sozial einzubetten. Darin liegen auch pragmatische Chancen, zum Beispiel der Nutzung von kirchlichen Räumen und kirchlichen Gebäuden, die von kirchlichen Aktivitäten alleine nicht mehr gefüllt werden können.

Soziale Arbeit braucht auch aktiv religiöse Kommunikation ...

Die Risiken bestehen darin, dass sich das religiöse Leben vergleichsweise verdünnt und das vorhandene große Interesse an sozialen Aktivitäten auch in den Kirchengemeinden alles überdeckt. Die Kirchengemeinden würden dann zu Sozialstationen werden, die letztendlich besser bei der Diakonie als der Kirche aufgehoben wären. Das wäre immer

¹⁴ Herausragend dazu die Studie von David Ohlen-dorf und Hilke Rebenstorf: Überraschend offen. Kirchengemeinden in der Zivilgesellschaft. Leipzig 2019. Vergl. zu den weiteren Perspektiven Gerhard Wegner: Re-Sozialisierung der Religion? Die Rolle der Kirchen in inklusiven Sozialräumen. In: ZRGP 2 / 2019, S. 235 – 264.

noch besser als ein Dahinsiechen, aber es wäre eine traurige Entwicklung. Bisher deutet aber nichts darauf hin, dass es in diese Richtung gehen müsste. Es könnte umgekehrt auch so sein, dass gerade die religiösen Kapazitäten der Verkündigung und des geistlichen Lebens der Kirchengemeinden für die Bewältigung des Zusammenlebens mit anderen, Flüchtlingen, Menschen mit Behinderungen, zu pflegenden Menschen, armen Menschen, von Bedeutung werden.¹⁵ Zentral ist, dass die Kirchengemeinden sich aktiv entsprechender Initiativen annehmen und sich nicht passiv vereinnahmen lassen.

... und eine Theologie der Gebürtlichkeit

Schließlich: Für eine neue Zeit und eine neue Kirche braucht es auch eine neue Theologie. An ihr gilt es gemeinsam zu arbeiten. Aus meiner Sicht muss es in dieser Theologie konsequent darum gehen, den Glauben an Gott aus der Perspektive der Natalität, der Gebürtlichkeit von uns Menschen, zu entwickeln. Gott schafft beständig etwas Neues – und er lässt auch beständig Altes vergehen und sterben. Er ist das Geheimnis ständiger Kreationen aus denen wir leben und auch eines Tages sterben. Er hat uns mit uns selbst beschenkt und berufen, dieses Geschenk unserer selbst an andere weiter zu verschenken. Deswegen wird die Gestalt unserer Kirche vergehen und andere Gestalten von Kirche werden wachsen. Niemand kann letztlich wissen, was die richtigen Wege sein werden. Aber klar ist, dass wir nicht mehr abwarten können, sondern uns auf den Weg machen Jesus Christus zu folgen – hin zu den anderen, die ihn vergessen haben oder vielleicht noch gar nicht kennen, bei denen er aber lange lebt. Wenn wir das tun, werden sich neue Horizonte eröffnen, von denen wir noch gar nichts wissen.

¹⁵ Vergleiche als Fremdprophetie Frank Schulz-Nieswandt: Der inklusive Sozialraum. Psychodynamik und kulturelle Grammatik eines sozialen Lernprozesses. Baden-Baden 2013.



Volles Risiko – oder Schutz und Respekt?

von Jens Haupt, Hersfeld-Rotenburg

Der folgende Artikel beschreibt, warum die Lockerungen der Kontaktsperre Druck ausüben und in eine neue Inklusionsdebatte führen. Jens Haupt (geboren 1956) ist Diakoniepfarrer und Geschäftsführer des Diakonischen Werkes Hersfeld-Rotenburg. Von 1995 bis 2004 war er Studienleiter an der Evangelischen Akademie Hofgeismar; von 2004 bis 2016 leitete er die Freiwilligendienste der EKKW und der Diakonie.

Ein zunehmendes Unbehagen beschleicht mich im alltäglichen Umgang mit der Tatsache, dass die „Lockerungen“ unter der Pandemie größere Einschränkungen für Menschen mit Risiko in sich tragen. Gab es bisher viele Überlegungen und Maßnahmen zu Fürsorge und Schutz für diejenigen, die ein höheres Risiko für einen schweren SARS-CoV2 Krankheitsverlauf tragen, so wird im Moment so getan, als ob Lockerungen alle nur aufatmen lassen. Mich machen sie zwangsläufig vorsichtiger und bisweilen ratlos. Ich bin Betroffener.

Viel ist über die sogenannte Risikogruppe geschrieben worden. Immer wieder wird versucht deutlich zu machen, dass es sich dabei nicht allein um hochaltrige Frauen und Männer handelt. Diverse „Vor“-Erkrankungen sind Merkmale der Zugehörigkeit zur Risikogruppe, neben einem Lebensalter ab 60 Jahren. Wenn es zu schweren Krankheitsverläufen oder Todesfällen gekommen ist, hört man bisweilen ein „Achso“ oder „Naja“, als ob das für uns Betroffene nun einmal die natürliche Konsequenz einer Infektion mit Covid 19 sei.

Ein Risiko macht noch keine Gruppe

Wieso eigentlich Risiko-„Gruppe“? Eine Gruppe zeichnet sich in der Regel durch gemeinsame Merkmale, Ziele oder

gegenseitige Beziehungen zueinander aus. In Zeiten der Pandemie ist der Begriff jedoch irreführend. Die „Risikogruppe“ umfasst sehr heterogene Merkmale. So spricht man mit gutem Grund auch nicht mehr von Behinderten, sondern von Menschen mit Behinderung. Diese können sehr unterschiedlich sein, sowohl, was ihre Ausprägung als auch ihre Bedeutung für die Träger*innen der Behinderung als auch die Menschen ihres Umfelds betrifft. Eine Behinderung hat nicht nur Folgen für die betroffene Person, sondern für viele in seiner Lebenswelt. Das sind oft, aber nicht immer, negative Folgen.

Wenn es denn sein muss, dass von einer Vielzahl von Menschen mit einem Risiko eines schweren bis tödlichen Verlaufs von SARS-CoV2 als Gruppe gesprochen wird, so bedeutet es auch in diesem Fall, dass es nicht nur um persönlich Betroffene geht.

Eine achtjährige Schülerin mit einer Herzerkrankung gehört dazu, genauso wie ihre Familie, die sich aller Wahrscheinlichkeit sehr vorsichtig und wohlüberlegt verhalten wird, um ihr Kind keiner Infektionsgefahr auszusetzen. Die Kinder und Enkel eines 85-jährigen gehören dazu, wenn sie sich um die wenigen Möglichkeiten des Kontakts und der Versorgung kümmern. Die 55-jährige Krebspatientin samt ihres betreuenden und pflegenden Umfelds und ihrer Familie gehört dazu. Die Ärztin, die einen lungenkranken Mann geheiratet hat, die Busfahrerin, deren Mann versucht mit dem Rauchen aufzuhören und Gewicht zu reduzieren. Ich denke auch an den Studenten mit einem gut eingestellten Diabetes, an die junge Frau mit Mukoviszidose, an den Kollegen, der seine Leukämie überlebt hat. Ist das eine Gruppe?

Glücklicherweise äußern sich in der letzten Zeit – vor allem auch jüngere – Menschen mit ihrer Angst, in den nächsten



Zeiten viel stärker aus dem gesellschaftlichen Lebens ausgeschlossen zu werden. Menschen mit einem höheren Risiko sind eben nicht alle alt und gebrechlich und „sterben sowieso“. Bisweilen wissen wir (noch) gar nicht, wer aus unserer nächsten Umgebung „dazu“ gehört. Wir werden es aber an den Geburtstagen merken, bei den Konfirmationen, Taufen und Hochzeiten, in den Sitzungen und Konferenzen, wer dann fehlt.

Umkehr der Verantwortlichkeit: Jede*r sorgt nur noch für sich selbst

Ich erlebe eine Umkehr der Verantwortlichkeit. Hat es bisher unter den massiven Kontaktbeschränkungen Regeln zum Schutz aller gegeben, müssen die Risikomenschen und ihr Umfeld nun auf sich selbst aufpassen. Menschen mit einer chronischen Erkrankung kennen das und haben es eingeübt. Wer eine chronische Krankheit trägt, weiß, dass Normalisierung das Ziel ist. Alltagskompatibel wollen wir mit den Einschränkungen der Krankheit umgehen. Sozialgesetzlich ist die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben das Ziel. Was für chronische Erkrankungen gilt, haben Menschen mit Behinderung schon lange auf ihrer Agenda. Mir ist es immer noch eine Lehre und eine bereichernde, oft auch irritierende Erfahrung mit Kolleg*innen gearbeitet zu haben, die mir mit viel Geduld beigebracht haben, wo ich zu ihrer Behinderung beitrage, ein Teil ihrer Behinderung bin.

Umkehr der Verantwortlichkeit heißt für mich in der unabsehbar nächsten Zeit, dass ich absagen muss, wo andere wieder eine neue Art von Normalität einüben wollen. Ich werde auf Restaurantbesuche, Einkäufe in Supermärkten, Kulturveranstaltungen und vieles mehr vorerst verzichten. Meine Arbeit als Diakoniepfarrer und Geschäftsführer eines regionalen Diakonischen Werks versuche ich zunächst aus meiner Wohnung zu tun, technische Unterstützung dafür gibt mir mein

privater Telefon- und Internetzugang sowie der Dienstrechner mit Mikro und Kamera.

In der Rundverfügung „Regelungen für Pfarrerinnen und Pfarrer mit einem höheren Risiko für einen schweren COVID-19-Krankheitsverlauf“ heißt es: „Der Einsatz von Pfarrerinnen und Pfarrern in der „face-to-face-Kommunikation“, die 60 Jahre und älter sind, darf nur auf freiwilliger Basis erfolgen.“ In der öffentlichen Debatte ist diese Freiwilligkeit in Bezug auf Lehrer*innen heftig diskutiert worden. Es gibt Vorwürfe der Drückerei. Auf uns Betroffene wirkt sich diese Debatte insofern aus, als dass wir uns vor Verdächtigungen zu schützen versuchen und meinen uns erklären, gar verteidigen zu müssen.

Konditionierte Nichteinsetzbarkeit: Einwilligung in das Risiko statt Fürsorgepflicht der Arbeitgebenden

Bisher mussten Betroffene, die unter 60 Jahre alt sind, einen Nachweis über die Nichteinsetzbarkeit in der „face-to-face-Kommunikation“ mittels ärztlicher Bescheinigung erbringen. Ab jetzt gilt dies für alle Menschen mit Risiken. Eine Bescheinigung zur Arbeitsunfähigkeit (AU) ist das nicht. Es ist eine konditionierte „Nichteinsetzbarkeit“. Allerdings stimmt auch das dem Grunde nach nicht. Denn einsetzbar bin ich ja voll und ganz. Ich trage nur ein höheres Risiko. Deshalb kann ich ja auch mit anderen Mitteln sinn- und segensreich arbeiten, darum heißt es entsprechend: „Davon ausgenommen ist jede Form von medialem Kontakt.“

Die Nichteinsetzbarkeit durch ärztliche Bescheinigung kann ich selbst durch Einwilligung in den freiwilligen Einsatz aufheben. Somit habe ich die Freiheit, mich für das Risiko zu entscheiden. Eine klare Grenzziehung im Rahmen der Fürsorgepflicht des Arbeitgebers ist das nicht. Was ist mit einer Schwangeren, die meint, sie möchte bis zum letzten Tag vor der Geburt ihres Kindes unsere Büros sauber



halten? Zu Recht schicken wir diese Frau nach Hause und machen ihr deutlich, dass der Arbeitsschutz durch Arbeitsverbot auch für Sie einzuhalten ist. Weil ansonsten die Fürsorgepflicht verletzt ist. Apropos: Es gefällt mir, dass schwangere oder stillende Pfarrerinnen automatisch, auch ohne Nachweis von der „face-to-face“-Kommunikation aufgrund der bestehenden besonderen Fürsorgepflicht ausgenommen werden.

Ein Freund hat mich davor gewarnt in die Opferrolle zu geraten. Ich sehe die Gefahr nicht. Ich sehe, was wir Menschen mit Risiko zu leisten haben. Wir werden weiterhin zurückhaltend und vorsichtig sein mit Außenkontakten. Wir werden

uns erklären müssen, weil man es uns nicht ansieht, und wir bisher einen Alltag leben konnten, der Teilhabe am Leben ermöglicht hat. Wir werden mit der Unterstellung leben müssen, dass wir es übertreiben mit der Vorsicht. Wir werden uns an den „Lockerungen“ nicht nur freuen können, weil sie uns höheren Risiken aussetzen. Wir werden auf Teile des gesellschaftlichen Lebens verzichten. Wir werden um Schutz und Respekt kämpfen müssen. Oder wir entscheiden uns, das Risiko allein zu tragen.

Damit sind wir nicht in der Opferrolle, sondern mitten in der Debatte um die Inklusion. Und wir müssen uns damit beschäftigen, was es heißt: Meine Kraft ist in den Schwachen mächtig.

KIRCHENKAMPF I

Wer war Martin Niemöller? – Biographie sorgt für Diskussionen

von Detlef Schneider, Frankfurt am Main

Mit seiner umfangreichen Niemöller-Biografie¹ hat Benjamin Ziemann, Professor für Neuere deutsche Geschichte an der University of Sheffield, eine Diskussion hervorgerufen: Michael Heymel, ebenfalls Autor einer Niemöller-Monografie (2017), widerspricht nicht nur dem Versuch, Martin Niemöller auch nach 1945 als Vertreter eines „gesellschaftlich-kulturellen Antisemitismus“ zu beschreiben, sondern besonders Ziemanns These, Niemöller sei „eine Ikone des Widerstands“ (Zeitzeichen 6/2020, S.15-17).

Ulrich Oelschläger, Präses der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau sowie Autor einschlägiger Publikationen zum Kirchenkampf, schreibt in der Evangelischen Sonntags-Zeitung (26.4.2020, S.8): „Manchmal gewinnt man den Eindruck, Ziemann suche vor allem in den Quellen

eine Bestätigung seines vorgeprägten Bildes, wertet auch Dinge, die nicht in Niemöllers Amtskalender stehen, spekulativ gegen ihn aus.“ „So liegt das zu Kritisierende in dieser an sich sehr lesenswerten Monografie in den Wertungen, weniger in der Wiedergabe und Auswahl der Quellen.“

Ziemann selbst hält „eine Neubewertung von Niemöllers politischem Engagement nach 1945“ für nötig.² Martin Niemöller erscheine „oft als eine Lichtgestalt, die für progressive Ziele wie die Verteidigung des Friedens und der Demokratie eintrat und das Erbe der Bekennenden Kirche gegen Kirchenvertreter wie Hans Asmussen oder Otto Dibelius verteidigte“. Für das HPB hat der evangelische Theologe und freie Journalist Detlef Schneider Ziemanns Monografie gelesen. Er zeigt, warum dem materialreichen Buch gerade diese Neubewertung von Niemöllers Wirken nach 1945 nicht gelingt.

1 Benjamin Ziemann: Martin Niemöller. Ein Leben in Opposition, Deutsche Verlagsanstalt, München, 2019. 637 Seiten. 39 Euro.

2 a.o.O. S.13.



Ein streitbarer Protestant

Im Ersten Weltkrieg war er U-Boot-Kommandant; später wurde er führendes Mitglied der Bekennenden Kirche und danach KZ-Häftling als „persönlicher Gefangener des Führers“. Nach dem Zweiten Weltkrieg trat er in Erscheinung als Vertreter der Ökumene und der Friedensbewegung, als Gegner der atomaren Wiederbewaffnung und als engagierter Pazifist.

Wohl kaum ein anderer evangelischer Kirchenpolitiker des 20. Jahrhunderts hat schon zu seinen Lebzeiten so viel nationale wie auch internationale öffentliche Aufmerksamkeit erfahren wie Martin Niemöller. Dabei war er nicht unumstritten, sondern polarisierte häufig mit seinen Aussagen. Er scheute die Kontroverse nicht, nahm auch unbequeme und Minderheitspositionen ein, mit denen er sich nicht nur Freunde machte. Durch seine Reden und öffentlichen Auftritte ist er heute noch vielen in Erinnerung.

Benjamin Ziemann hat eine Niemöller-Biographie vorgelegt, in der er sich auf die Spuren „des Menschen“ Martin Niemöller begeben möchte. Bisher erschienene Biografien Martin Niemöllers bezeichnet Ziemann als „Hagiographien“. Dafür macht er unter anderem Niemöllers jüngeren Bruder Wilhelm als ersten Geschichtsschreiber der „Niemöller-Legende“ mit verantwortlich. Ziemann legt ein umfangreiches Buch vor, für das er Quellen aus 28 Archiven ausgewertet und in Teilen neu erschlossen hat.

Von der Kaiserzeit bis zum Kirchenstreit

Auf über 500 Seiten geht er dabei chronologisch in drei Teilen vor. Der erste Teil beschreibt Niemöllers Aufwachsen im westfälischen Pfarrhaus der Kaiserzeit, seinen Weg zur Marine sowie die Teilnahme am Ersten Weltkrieg, schließlich auch seine Arbeit für die Innere Mission sowie den Weg ins Dahlemer Pfarrhaus 1931/32. Kenntnis- und umfangreich beschreibt der Militärhistoriker Ziemann Niemöllers

nationalprotestantische Sozialisation in der Kaiserzeit, seine Begeisterung für die Marine und sein Engagement in demokratiefeindlichen Gruppen wie der deutschnationalen Volkspartei (DNVP) während der Studienzeit. Das alles ist nicht unbekannt, sondern schon in Niemöllers 1934 veröffentlichten Autobiographie „Vom U-Boot zur Kanzel“ nachlesbar.

Im zweiten Abschnitt beschäftigt sich Ziemann mit „Kirchenstreit und Glaubenskrise“ während des Dritten Reichs. Er beschreibt Niemöllers Rolle innerhalb der Bekennenden Kirche, die er im Wesentlichen in der Minderheit des „Dahlemer Flügels“ sieht, sowie im Anschluss daran Niemöllers siebenjährige KZ-Haft. Einen Widerstandskämpfer will Ziemann in Niemöller nicht erkennen, da sein Konflikt mit dem Nationalsozialismus auf den innerkirchlichen Bereich beschränkt geblieben sei. Ziemann grenzt den kirchlichen und den politischen Widerstand scharf voneinander ab.

Leben als Kontinuität oder mit Brüchen?

Demgegenüber zu kurz gestaltet sich der dritte Teil des Buches „Kirche, Friedenspolitik und Ökumene nach 1945“, der Niemöllers umfangreiches Wirken in Kirche und Öffentlichkeit bis ins hohe Alter hinein umfasst. Eine Analyse dieser vermutlich sogar spannendsten Phase in Niemöllers Biographie bleibt praktisch jedoch aus. Überhaupt sticht Ziemanns Buch durch seine Fülle an Fakten hervor, deren Einordnung jedoch häufig fehlt. Stattdessen wird spätestens hier die Tendenz des Autors deutlich, Niemöller moralisch zu beanstanden und seine biographischen Ambivalenzen, die es unumstritten gegeben hat, gegen ihn auszulegen.

Das geschieht besonders, wenn Ziemann Niemöllers Engagement für Friedenspolitik und Ökumene jüden- und israelfeindliche Quellenzitate gegenüberstellt. Ziemann scheint in Niemöllers Leben eher Kontinuitäten sehen zu wollen, anstatt ihm auch Brüche, neue Ansichten



und Einstellungswechsel zuzugestehen. Diese und vor allem die Konsequenzen, die Niemöller daraus gezogen hat, wären zu reflektieren gewesen.

War Niemöller „nur nebenbei“ Theologe?

Ein grundlegendes Problem besteht darin, dass Ziemann davon ausgeht, „der Mensch“ Martin Niemöller sei ohne den Theologen Niemöller zu denken. Dabei ist gerade für Niemöller kennzeichnend, dass wenn er sich äußerte, aus ihm der Theologe Niemöller sprach. Stattdessen erweckt Ziemann den Eindruck, Niemöller sei nur ‚nebenbei‘ Theologe gewesen. Schon zu Beginn belegt er das etwa mit Niemöllers Theologiestudium, welches er aus Geldmangel aufgenommen habe oder damit, dass er sich anfangs mit dem

Verfassen von Predigten schwergetan und seine Frau Else ihm dabei geholfen habe.

Wer war Martin Niemöller? Der Antwort auf diese komplexe Frage wird Ziemann insofern nicht gerecht, da er den Schwerpunkt in Niemöllers Leben in der Zeit vor 1945 sucht. Dieser Teil ist zum einen schon hinreichend bekannt. Zum anderen liegt der Schlüssel zum Verständnis „des Menschen“ Martin Niemöller vielleicht gerade doch eher in seinem Wandel und Umdenken sowie in seinem daraus resultierenden Wirken nach 1945.

Ein interdisziplinärer Ansatz unter Berücksichtigung theologischer Perspektiven wäre zur Beantwortung dieser Frage hilfreich. Anschließend könnte man sich einer für heute vermutlich noch spannenderen Frage widmen: Was hat uns Martin Niemöller hinterlassen?

ZWISCHENRUF I

Hygiene in der Kirche

von Rainer Staeger, Dekan i.R., Marburg an der Lahn

Hygienisch einwandfrei soll es in den Kirchen und Gemeindehäusern zugehen. Die Verbreitung von Krankheitskeimen soll vermieden werden, Maßnahmen zur Erhaltung der Gesundheit haben Priorität.

Ich erinnere mich an Zeiten, in denen wir risikobereiter waren. Wir ließen zu, dass Kirchgänger*innen auch mit Schnupfen und Husten kamen und eng nebeneinander sitzen durften. Wenn man sich mochte, umarmte man sich. Beim Friedensgruß vorm Abendmahl und bei der Verabschiedung an der Kirchentür war ein Handschlag selbstverständlich. Das Trinken am Gemeinschaftskelch war zwar spätestens seit Aids manchen Christ*innen nicht mehr geheuer, aber viele hielten sich an die auf Jesus zurückgehende Aufforderung: „Trinket alle daraus!“ Natürlich wurde von den mit der Sakramentsverwaltung Beauftragten der Kelch so gedreht, dass nicht alle Lippen

ihn an derselben Stelle berührten, und natürlich wurde immer wieder der Kelchrand mit einem Tuch abgewischt. Jetzt wird das wohl nicht mehr genügen.

Berührungen sind zu vermeiden. Abstand halten ist wichtig. Was erlaubt und was verboten ist, was zugelassen und was empfohlen wird, wird im Rahmen eines Hygienekonzepts von den Kirchenvorständen beschlossen – in Abstimmung mit den Vorgaben der Landeskirche, der Gesundheitsämter und der politischen Instanzen. Die Umsetzung der Beschlüsse erfordert Genauigkeit und Wachsamkeit bei vielerlei praktischen Tätigkeiten – beim Stühlerücken, beim Abmessen, beim Markieren von Laufwegen und Sitzplätzen, beim Absperrn „verbotener“ Zonen, beim Zählen der Personen, beim Desinfizieren vorher und hinterher et cetera.

Wer unter den derzeitigen Umständen zum Gottesdienst kommt, erlebt viel



Ungewohntes: Beim Suchen eines Sitzplatzes entfällt jetzt die Frage, ob man sich lieber zu Frau X oder zu Herrn Y setzen möchte – man soll ja Abstand halten zu seinen Sitznachbar*innen: Ausnahmen sind nur erlaubt, wenn die engsten Angehörigen mitgekommen sind. Ideal ist ein möglichst isolierter Sitzplatz. Die angeregte Plauderei mit anderen Besucher*innen vor Beginn des Gottesdienstes entfällt damit. Alle Anwesenden betrachten sich aus vermeintlich sicherer Entfernung. Die Angst vor dem unsichtbaren Virus tritt in Konkurrenz zu der Freude, endlich wieder sichtbaren Geschwistern begegnen zu dürfen.

Erschwert wird die unbefangene Wahrnehmung durch die vorgeschriebenen Gesichtsmasken. Es ist ein großer Unterschied, ob ich nur die Augen meines Nächsten sehe oder auch seinen Mund, sein Kinn, seine Mimik. Freude, Traurigkeit, Zustimmung, Ablehnung – all das lässt sich am besten durch ein unverhülltes Gesicht ausdrücken. Früher habe ich manchmal gepredigt, man solle sich nicht hinter seinen Masken verstecken. Jetzt werde ich die schützende Funktion der Masken betonen müssen.

Und auf das Singen soll verzichtet werden. Was für eine gewaltige Einschränkung! Sehnen sich Christ*innen, die wochenlang nicht in Gemeinschaft singen durften, nicht gerade nach der Wiederkehr des Gesangs? Ist nicht auch bei Verwendung der Gesichtsmaske ein (gedämpfteres) Singen möglich – oder wenigstens ein Mitsummen? Werden dabei in der Atemluft wirklich mehr Krankheitskeime freigesetzt als beim gemeinsamen Beten des Vaterunsers? Nach neueren Erkenntnissen wird das Corona-Virus auch durch Aerosol-Infektion verbreitet. Was beim Ausatmen und mehr noch beim Singen dem Mund entweicht, hält sich hartnäckig in ungelüfteten Räumen und gefährdet andere. Aber sollen deswegen in unseren Kirchen die vereinzelt und weit auseinander sitzenden Gottesdienstteilnehmenden durchweg den Mund halten?

Es wird ja nicht unbedingt auf jeden Gesang verzichtet – nur auf den Gemeindegang. Sologesang ausgewählter Vorsänger*innen wird in Gottesdienste eingebaut – aus gebührendem Abstand, etwa von der Empore herab. Die anderen Gottesdienstteilnehmenden können mit innerer Beteiligung folgen. Ob das genug ist? Ohne die vielstimmige Mitgestaltung des Gottesdienstes durch möglichst viele Anwesende wird es nicht gehen, wenn der Gottesdienst nicht nur aus Predigt, Gebet und in Zeiten der Pandemie zunehmenden Regieanweisungen bestehen soll.

Schwer zu ertragen ist, dass das Abendmahl vorerst nicht gefeiert werden soll. Im Abendmahl kommen sich Christ*innen besonders nahe; es ist das Sakrament der Nähe, die Gott in Jesus Christus zu uns sucht. „Solches tut zu meinem Gedächtnis“, hat Jesus gesagt. Also haben wir gar nicht das Recht, zu einer Kirche ohne Abendmahl werden zu wollen. Wird es jetzt aus hygienischen Gründen dazu kommen, dass auch in den evangelischen Kirchen wie in den katholischen nur das Brot ausgeteilt wird? Wird man die Gläubigen einzeln, nicht in Gruppen, zum Ort der Austeilung kommen lassen? Wird man den Gemeinschaftskelch, wenn man nicht auf Wein oder Traubensaft verzichten will, durch Einzelkelche ersetzen, wie es in Dänemark überall üblich ist?

Hygienisch einwandfrei soll es zugehen. Aber bitte nicht so steril, dass im Gottesdienst nichts Spontanes, nichts Unvorhersehbares, nichts Mutiges mehr geschehen darf. Wenn ich gelegentlich die Empfehlung lese, dass Angehörige einer Risikogruppe sich gut überlegen sollen, ob sie die Einladung zum Gottesdienst annehmen wollen, stimmt mich das traurig. Dann fällt mir ein, dass Jesus keine Berührungssängste gezeigt hat, als er sich Kranken genähert hat. Dann frage ich mich, wer denn überhaupt sicher sein kann, nicht gefährdet zu sein.



Ausweisung eines „illegalen Jungtheologen“ – ein Vikariat in der Landeskirche Nassau-Hessen 1936–1939

von Professor Dr. Karl Heinrich Schäfer

Wie das nationalsozialistische Regime angehende Pfarrer in der Ausbildung der Bekennenden Kirche beobachtete und im Zweifelsfall aus dem Weg zu räumen suchte, dokumentiert Karl Heinrich Schäfer am Beispiel seines Vaters. Sein Buch „Heinrich Schäfer – Annäherung an einen ‚illegalen Jungtheologen‘“ ist 2015 in Darmstadt erschienen (ISBN: 978-3-87390-369-2).

Richter Karl Heinrich Schäfer, geboren 1947, war Honorarprofessor an der Evangelischen Hochschule Darmstadt und 1994 bis 2010 Präses der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. 2002 bis 2012 arbeitete der promovierte Jurist als Senatsvorsitzender beim Hessischen Rechnungshof. 2008 bis 2015 hatte er den Vorsitz der Evangelischen Konferenz für Straffälligenhilfe inne.

Ein „illegaler Jungtheologe“ im Vikariat

Der oberhessische Pfarrer Heinrich Schäfer (geb. 1913, gest. 1985) war als junger Theologiestudent in Gießen in die Auseinandersetzungen innerhalb der Landeskirche Nassau-Hessen in den 1930er Jahren involviert. Als „Kirchenkampf“ wird dabei insbesondere der „Bruderkampf im eigenen Hause“¹ zwischen der Bekennenden Kirche (BK) und den Deutschen Christen (DC) in der Landeskirche Nassau-Hessen

in den Jahren 1933/34 verstanden. Im Namensregister der Dokumentationsbände zum Kirchenkampf gibt es den Eintrag „Schäfer, Heinrich Pfv Wirberg/ Diethardt VII: 336/ 645; IX: 322“.² In Band VII, S. 322 wird Heinrich Schäfer in der Liste „Illegaler Jungtheologen“ geführt.

Heinrich Schäfer, aufgewachsen im oberhessischen Lich, hatte sich mit 21 Jahren als Gießener Student am 30. November 1934 der Bekennenden Kirche angeschlossen. Nach Abschluss des Studiums legte er die 1. Theologische Prüfung mit 23 Jahren am 27. März 1936 nicht etwa bei der Universität Gießen, sondern beim Landesbruderrat der Bekennenden Kirche ab. Danach besuchte der „cand. theol. Schäfer, Lich“ im Sommersemester 1936 (vom 27. April 1936 bis 31. Juli 1936) das Freie Theologische Seminar der Bekennenden Kirche in Frankfurt am Main. Am 29. Januar 1935 hatte der Landesbruderrat Nassau-Hessen die Einrichtung einer eigenen Ausbildungsstätte beschlossen. Als „private“ kirchliche Ausbildungsstätte der Bekennenden Kirche musste sich das Seminar von den amtlichen Ausbildungsstätten wie den Predigerseminaren in Herborn und Friedberg unterscheiden.³

1 Grunwald, Klaus-Dieter und Oelschläger, Ulrich (Hrsg.): Evangelische Landeskirche Nassau-Hessen und Nationalsozialismus, Auswertungsaspekte der Kirchenkampfdokumentation der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Darmstadt 2014 (Quellen und Studien zur hessischen Kirchengeschichte Band 22; S. XI).

Grunwald, Klaus-Dieter/ Geißler, Hermann Otto/ Rink, Sigurd/ Töpelmann, Roger (Hrsg.): Wahrheit und Bekenntnis. Kirchenkampf in Wiesbaden 1933-1945, Wiesbaden 2014 (Schriften des Stadtarchivs Wiesbaden Band 12).

2 Geißler, Hermann Otto/ Engelhart/ Karl-Heinz/ Wuttge, Hans Joachim (Hrsg.), Dokumentation zum Kirchenkampf in Hessen und Nassau, Darmstadt 1996, Band 9, S. 78.

3 Zur Entstehungsgeschichte des Seminars siehe Dölemeyer, Barbara: Das Freie theologische Seminar der BK Nassau-Hessen in Frankfurt am Main 1935-1937/39, in: Grunwald/ Oelschläger (Hrsg.), a.a.O., S. 115-117, 128. Siehe auch Schäfer, Karl Heinrich (2015, Titel in Anmerkung 4), S. 41 ff.



Die Ausbildung war durch den Landesbruderrat mit den „Richtlinien für das Lehrvikariat“ vom 25. September 1936 neu geordnet worden, was auch für Heinrich Schäfer relevant wurde. Bisher folgte nach Studium und dem 1. Examen an einer theologischen Fakultät der einjährige Besuch eines Predigerseminars, der mit dem 2. Examen endete. Nach dem Lehrvikariat wurde die Ausbildung mit der Ordination abgeschlossen. Nach einem Semester Seminarbesuch folgte ein halbes Jahr Lehrvikariat, dann ein weiteres Semester Seminar und dann das Zweite Examen. Dies sollte eine bessere Praxisvorbereitung ermöglichen. Eine Beschäftigung in „Kampfgemeinden“ sollte gemäß den neuen Richtlinien vermieden werden.

Neue Erkenntnisse aus Predigtmanuskripten

Grundlage für die vorliegende Ausarbeitung waren die Manuskripte der Predigten Heinrich Schäfers, die er in der Zeit zwischen Oktober 1936 und Februar 1940, also im Alter von 23 bis 27 Jahren, von Beginn des Lehrvikariats bis zum Kriegseinsatz als bereits ordiniert und mit der Verwaltung einer Pfarrstelle beauftragter Pfarrvikar gehalten hatte. Diese Predigtmanuskripte, von ihm mit säuberlicher Handschrift in Sütterlin verfasst, waren erst lange nach seinem Tod aufgefunden worden. Ebenfalls beim Nachlass vorgefunden wurde Heinrich Schäfers „Amtskalender für den evangelischen Geistlichen in Nassau-Hessen für das Jahr 1939“ mit vielen handschriftlichen Eintragungen.

Die Auswertung der insgesamt 65 Predigtmanuskripte ergänzt die 2015 erschienene Biographie über Heinrich Schäfer. 45 davon wurden betrachtet und ausgewertet. 12 stammen aus der Zeit des Lehrvikariats (01.10.1936 bis 31.03.1937) und 33 aus dem Einsatz als Vikar auf dem Wirberg (15.10.1937 bis 25.03.1939). In diesen Zeitraum fallen auch die 2.

Theologische Prüfung am 05.04.1938 (bis dahin 13 Predigten) und die Ordination am 30.10.1938 (bis dahin weitere elf Predigten). Danach hatte Heinrich Schäfer weitere neun Predigten auf dem Wirberg gehalten.

Die Predigtmanuskripte wurden aus der alten Handschrift „übersetzt“ und ausgewertet. Von Interesse war, welche Predigttexte im Rahmen der „illegalen“ Ausbildung aufgegeben waren und welche theologischen Inhalte thematisiert wurden. Zum andern war klar, dass ein „illegaler“ Vikar unter Beobachtung der Geheimen Staatspolizei stand und dass damit den Predigten auch eine gewisse kirchenpolitische Bedeutung zukam.

Ausweisung aus Hessen durch die Gestapo

Am 25. März 1939 wurde Heinrich Schäfer auf Anordnung der Gestapo aus dem Kirchengebiet Hessen ausgewiesen. Die bisher vorgefundenen Dokumente lieferten keinen Hinweis darauf, auf welche Weise und durch wen diese Ausweisung veranlasst worden war. Heinrich Schäfer selbst mutmaßte, dass „jemand“ in einem von ihm gehaltenen Wirberger Gottesdienst gesessen und ihn „bespitzelt“ habe.⁴ Es bestand die Hoffnung, dass die Auswertung der Predigtmanuskripte eine Antwort auf die Frage bringen könnte.

Aus der Zeit nach der Ausweisung, die er in Frankfurt verbrachte, sind zwei Predigtmanuskripte erhalten. Vom 15. Oktober 1939 an, bereits nach Beginn des Krieges, bis 18. Februar 1940 versah er Dienst in der Gemeinde Diethard bei Nastätten/Taunus (im nassauischen Teil des Kirchengebiets) für den bereits eingezogenen Pfarrer Dittmer. Die Tätigkeit endete mit seiner eigenen Einberufung zum Kriegsdienst am 20. Februar 1940. Die 18 Manuskripte aus diesem Zeitraum wurden für diesen Beitrag nicht verwandt.

⁴ Siehe Schäfer, Karl Heinrich (2015), a.a.O. S. 63.



Predigten im Lehrvikariat und als Hilfsgeistlicher

Mit Schreiben vom 9. September 1936 wurde Heinrich Schäfer vom Landesbruderrat mit Wirkung vom 1. Oktober 1936 in das anstehende Lehrvikariat bei Pfarrer Hickel in Queck bei Schlitz im Vogelsberg eingewiesen.

In den Richtlinien war die Ausbildung im Lehrvikariat wie folgt definiert worden: *„Die theologische Arbeit während des Lehrvikariats wird in erster Linie den Problemen des praktischen Amtes zu gelten haben. Dabei ist die brüderliche Beratung mit dem für die Amtsführung verantwortlichen Pfarrer unerlässlich. Auch ist die Überbürdung mit Predigt, Amtshandlungen, Unterricht, Verwaltung u.a. zu vermeiden (höchstens jeden 3. Sonntag neue Predigt, nicht mehr als 3-4 Wochenstunden Unterricht).“*

Für eine „Überbürdung“ durch Amtshandlungen gab es weder in den Unterlagen noch in den Erzählungen Heinrich Schäfers irgendwelche Anhaltspunkte. Im Gegenteil: Die praktische Arbeit in der Gemeinde kam den Neigungen und Fähigkeiten des 23-jährigen Vikars entgegen, was sich auch in den sorgfältig verfassten und verständlich formulierten Predigten erkennen ließ. Nach den Richtlinien wären in den sechs Monaten des Lehrvikariats acht neue Predigten zu leisten gewesen. Tatsächlich waren es 12 Predigten, davon neun „neue“. Die Vorgabe der Richtlinien wurde also in etwa eingehalten.

Die gewissenhafte Wahrnehmung der Predigtverpflichtung zeigte sich auch daran, dass im Wesentlichen die Predigttexte zugrunde gelegt wurden, wie sie die Predigttextordnung vorsah. Inhaltlich war die Auswahl der Predigttexte in allen Fällen dem Kirchenjahr entsprechend nachzuvollziehen. Ein formeller Bezug zur Predigttextordnung von 1985⁵ war ledig-

⁵ Für einen Abgleich stand die überarbeitete Predigttextverordnung im Perikopenbuch mit

lich bei der ersten Predigt am 18.10.1936 und bei den letzten beiden Predigten im März 1937 nicht festzustellen. Ob die Auswahl der damals heranzuziehenden Predigttextverordnung entsprach, lässt sich in diesem Zusammenhang nicht mehr klären.

„Ernste Entscheidung zur Sache der Bekennenden Kirche“

Gemäß den „Richtlinien für das Lehrvikariat“ absolvierte Heinrich Schäfer vom 19. April 1937 bis 31. Juli 1937 ein weiteres Semester am Freien Theologisches Seminar in Frankfurt am Main. Mit Schreiben vom 18. August 1937 erhielt der „Kandidat Schäfer“ die Mitteilung, dass der Landesbruderrat „bereit“ sei, ihn zur „theologischen Schlussprüfung“ zuzulassen. Das Schreiben endete wie folgt: *„Wir freuen uns, dass Sie in dieser ersten Entscheidung zur Sache der Bekennenden Kirche stehen, und wünschen Ihnen Gottes Segen zu Ihrem Entschluss.“*

Ihm wurden gleichzeitig die Themen für die bis zum 10. November 1937 abzuliefernden häuslichen Arbeiten bekannt gegeben. Die Klausuren sowie die mündliche und die praktische Prüfung wurden für Beginn des neuen Jahres angekündigt. Für die Anfertigung der umfangreichen schriftlichen Arbeiten blieb Heinrich Schäfer nicht völlig freigestellt. Er wurde vielmehr mit Schreiben vom 5. Oktober 1937 als Vikar eingewiesen zu Pfarrer Volz auf dem 15 km von Lich entfernten Wirberg bei Grünberg. Er trat diesen Dienst am 15. Oktober 1937 an.

Die Zweite Theologische Prüfung fand statt am 4. und 5. April 1938 vor dem Prüfungsausschuss des Landesbruderrats der Bekennenden Kirche in

Lektionar der Lutherischen Liturgischen Konferenz Deutschlands aus dem Jahr 1985 mit Veränderungen im Jahr 1995 zur Verfügung: Lutherische Liturgische Konferenz Deutschlands, Perikopenbuch mit Lektionar, 5. Auflage, Hannover 1995.



Nassau-Hessen in Frankfurt am Main. In einer „Bescheinigung zur Vorlage bei einem Legalisierungsantrag“ vom 9. August 1939 bestätigt der Landesbruderrat, dass „der Kandidat der Theologie Heinrich Schäfer“ sich „einer Prüfung nach den für die Theologische Schlussprüfung in der Landeskirche Nassau-Hessen geltenden Bestimmungen unterzogen“ habe.

Ordination und Predigten in Wirberg

Der Landesbruderrat teilte mit Schreiben vom 19. Oktober 1938 dem „Hilfsprediger Schäfer, Wirberg“ mit, dass seine Ordination genehmigt worden sei. Heinrich Schäfer wurde schließlich am 30. Oktober 1938 in der „Evangelischen Kirche zu Wirberg“ durch Pfarrer Alt aus Nieder-Ohmen, der Vorsitzender des Kreisbruderrats Grünberg war, ordiniert. Es assistierten der Ortspfarrer Volz und Pfarrer Strack aus Münster bei Laubach.

Heinrich Schäfer versah auch nach der Ordination weiter auf dem Wirberg seinen Dienst bis zu seiner Ausweisung am 25. März 1939. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte er insgesamt 17 Monate lang seinen pfarramtlichen Hilfsdienst versehen und dabei die oben genannten 33 Predigten gehalten, im Schnitt zwei Predigten im Monat. Außer der Kirche auf dem Wirberg gab es weitere Predigtstellen in den zum Wirberger Kirchspiel gehörenden Dörfern Reinhardshain, Beltershain, Göbelnrod und Harbach. Es ist davon auszugehen, dass einige dieser Predigten mehrfach gehalten wurden.

Auch die Wirberger Predigtmanuskripte wurden ausgewertet. Wie bereits in Queck war die Auswahl der Predigttexte in allen Fällen dem Kirchenjahr entsprechend nachzuvollziehen. In etlichen Fällen hatte Heinrich auf eine Datierung verzichtet, wohl aber die kirchliche Bezeichnung des Sonntags genannt. So waren sie nach dem Verlauf des Kirchenjahrs für die Sonntage der Advents- und Weihnachtszeit und der Jahreswende benannt. Über Epiphania

und die Passionszeit mit den Sonntagen Septuagesimä, Sexagesimä, Reminisce-re, Okuli, Lätare oder Palmarum hinaus waren Predigten zu Ostern, Himmelfahrt, Pfingsten und Trinitatis zu finden. Nach den Sonntagen „nach Trinitatis“ einschließlich des Erntedankfestes endete der Jahreskreis mit dem Totensonntag als letztem Sonntag im Kirchenjahr. Manuskripte von Predigten oder Ansprachen zu Kasualien wie Taufen Hochzeiten oder Begräbnissen waren nicht vorhanden.

Im Visier der Geheimen Staatspolizei

Auch die neuen Erkenntnisse aufgrund der ausgewerteten Manuskripte ergaben keine Hinweise auf eine politisch problematische Situation in der Gemeinde Queck. Allerdings war der „illegale“ Vikar bereits im Visier der Geheimen Staatspolizei, schon allein aufgrund der allgemein vorliegenden Informationen seit der 1. Theologischen Prüfung beim Landesbruderrat.

Mit Schreiben vom 24.(!) Dezember 1936 meldete sich die Staatspolizeidienststelle Darmstadt beim Landeskirchenausschuss der Evangelischen Landeskirche in Darmstadt „Betr. Den Pfarrvikar Heinrich Schäfer, geboren am 2.2.1913 zu Lich“ mit folgendem Begehren: *„Der Oben genannte wird seit Oktober 1936 von dem Bekenntnispfarrer Hickel in Queck beschäftigt. Schäfer ist weder von dem Landeskirchenausschuss berufen noch eingesetzt worden. Er wirkt vielmehr ohne jeglichen Auftrag. Ich bitte um Mitteilung, ob es zulässig ist, dass sich ein Geistlicher einen „Privatvikar“ hält, ohne dass die zuständigen Stellen hiervon Kenntnis erhalten.“*

Am 8.1.1937 wurde das Schreiben vom Landeskirchenausschuss an Pfarrer Hickel zur Stellungnahme übersandt mit folgender Anmerkung: *„Es ist für unsere Antwort an die Staatspolizei von entscheidender Bedeutung, zu wissen, was Schäfer in Ihrer Pfarrei an Funktionen ausübt.“*



Kein „Privatvikar“

Pfarrer Hickel antwortete mit Schreiben vom 13. Januar 1937 unter Bezugnahme auf die vom Landesbruderrat beschlossenen „Richtlinien für das Lehrvikariat“ etwas ungehalten: *„Herr Heinrich Schäfer ist nicht mein „Privatvikar“, den ich nicht nötig hätte, sondern ist mir in Gemäßheit der Verordnung vom August 1934, nach der für den Pfarramtskandidaten vorgeschrieben ist, zu seiner Ausbildung für das Pfarramt ein Lehrvikariat zu absolvieren, als Lehrvikar von dem Bruderrat der B.K. zugewiesen. Wie Ihnen bekannt sein dürfte, hat der Lehrherr seinen Vikar zu allen Funktionen des Pfarramts in Predigt, Unterricht, Seelsorge, Verwaltung einzuleiten und ihn theologisch zu fördern. Dies geschieht durch Assistenz an den betr. Handlungen des Ortspfarramts, durch die Vorbereitungen von Entwürfen, durch praktische Übungen. Alle drei Wochen hält in der Regel der Lehrvikar eine neue Predigt, die er dann in den drei Kirchen wiederholt. Eine selbständige Tätigkeit übt er nicht aus, außer gelegentlichen Vertretungen, wie sie im Dienste sich ergeben. Auch ist ihm keine Funktion selbständig übertragen.“*

Der Lehrvikar Schäfer wurde in seiner Amtsausübung in Queck persönlich durch die Geheime Staatspolizei nicht behelligt.

Lätare 1939 – letzte Predigt auf dem Wirberg

Entscheidend anders, wenn auch völlig unerwartet, war die Situation auf dem Wirberg. Der dortige Dienst endete abrupt am 25. März 1939, als Heinrich Schäfer auf Anordnung der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) aus dem Kirchengebiet Hessen ausgewiesen wurde. Die vorgefundenen Dokumente liefern keinen Hinweis darauf, durch wen diese Ausweisung veranlasst wurde. Auch hat Heinrich Schäfer in früheren Erzählungen keine Einzelheiten dazu mitgeteilt, außer dass „jemand“ im von ihm gehaltenen

Wirberger Gottesdienst gesessen und ihn „bespitzelt“ habe. Im Manuskript der letzten Wirberger Predigt vor der Ausweisung fällt eine kleine Passage auf, die einen Anstoß für die Denunziation gegeben haben könnte.

Diese Predigt hielt Heinrich Schäfer an Lätare am 19. März 1939, dem vierten Sonntag der Passionszeit. Predigttext war Kapitel 19, 25-27 im Johannesevangelium: *„Es standen aber bei dem Kreuz Jesu seine Mutter und seiner Mutter Schwester, Maria, die Frau des Klopas, und Maria von Magdala. Als nun Jesus seine Mutter sah und bei ihr den Jünger, den er lieb hatte, spricht er zu seiner Mutter: Frau, siehe, das ist dein Sohn! Danach spricht er zu dem Jünger: Siehe, das ist deine Mutter! Und von der Stunde an nahm sie der Jünger zu sich.“*

Heinrich Schäfer befasste sich ausführlich mit der Frage, warum Jesus in seiner letzten Stunde sehr unpersönlich und mit knappen Worten seine Mutter und den Jünger Johannes anspricht. Er findet eine theologische Erklärung in folgender Formulierung: *„Darum spricht Jesus zu Johannes und seiner Mutter diese scheinbar harten Worte, damit sie in ihm nicht mehr den Menschen, den Freund und den Sohn erblicken, damit sie erkennen, dass er ihr Heiland und Erlöser sein will.*

An einen Sohn und an einen Freund kann man Ansprüche stellen, aber nicht an den Gottessohn, nicht an Gott. Gott fordert uns, Gott stellt an uns Ansprüche. Er sagt ganz eindeutig, „wer mir will nachfolgen, der verleugne sich selbst“. Selbst verleugnen, das ist es, was Maria und Johannes lernen sollen, ihre Ansprüche, die sie zu haben meinen, ganz aufgeben und hinhören, was ihnen Jesus sagen will. Wenn auch Maria Jesus geboren hat, davon darf sie kein Recht und Anspruch ableiten. Jesus ist ja nicht als Marias Sohn der Sohn Gottes, sondern durch Gottes Gnadenkraft ist der Sohn Gottes der Sohn Marias geworden. Dies

alles will Jesus Maria zeigen, wenn er zu ihr spricht: „Weib, siehe dies ist dein Sohn. Darum zerschlägt Jesus den Anspruch der Maria. Darum zerschlägt er uns unsere von ihm gemalten Bilder, darum zerschlägt er unsere Ansprüche auf ihn.“

„Hast du nicht dein Volkstum und deine Rasse missbraucht?“

Im Schlussabschnitt der Predigt wandte sich Heinrich Schäfer unmittelbar an die Gemeinde: *„Halt einmal still, lieber Freund, besinne dich, hast du einmal daran gedacht: Ich bin der Herr dein Gott, du sollst nicht andere Götter neben mir haben. Wie steht es mit deinem Beruf? Hat er dich nicht ganz in seinen Bann geschlagen, dass du keine Zeit mehr hast für mich? Hast du nicht dein Volkstum und deine Rasse, diese meine Gabe, dazu missbraucht, andere zurückzusetzen? Hast du nicht versucht, auf Grund guter Werke an mich Ansprüche zu stellen, wo ich doch ganz allein fordern kann?“*

Wohl uns, wenn uns Gott so ins Gewissen redet, und uns dadurch seine Liebe anzeigt. Und wen er so nicht liebt, den lässt er bei seinen selbstgesuchten Göttern Frieden finden.“

Es spricht viel dafür, dass die letzten Formulierungen der Predigt für einen einschlägig interessierten Zuhörer den Anlass geboten hatten, der Geheimen Staatspolizei einen Hinweis zu geben. So jedenfalls war die Vermutung Heinrich Schäfers zu verstehen, dass er im Gottesdienst „abgehört“ worden sei. In seinem Amtskalender 1939 findet sich unter dem Datum 25. März 1939 folgender handschriftlicher Eintrag: *„Geheime Staatspolizei war da und teilte mir meine Ausweisung aus dem Lande Hessen mit. Innerhalb 24 Stunden muss ich Hessen verlassen haben, d.h. bis Sonntag Morgen um ½ 12 h. Natürlich große Aufregung. Den Konfirmanden mitgeteilt. Ganz zerschlagen. Noch ein Lied gesungen. Um ½ 5 Uhr Abfahrt nach Lich. Harbacher Kinder am Zug. Die Eltern sind sehr betroffen“.*

Dokumentiert sind die ordnungsgemäße „Abmeldung bei der polizeilichen Meldebehörde“, dem Bürgermeister in Saasen, Kreis Gießen, zu dem der Wirberg gehörte, vom 25. März 1939 wie auch die Nachricht über den Umzug an das Wehrmeldeamt Gießen.

Aufnahme in Frankfurt am Main

Aufnahme fand der junge Vikar nach der Ausweisung aus Hessen in Frankfurt am Main, wo er unter dem Dach der Bekennenden Kirche weiter als Vikar arbeiten konnte. An der neuen Anschrift erhielt der Ausgewiesene bald unterstützende und aufmunternde Post von der Wirberger Gemeinde und von seinem Ordinator Alt.

Vom 15. Mai 1939 bis 15. August 1939, also bis unmittelbar vor Beginn des Krieges, leistete Heinrich Schäfer seinen Wehrdienst in Butzbach. Vom 15. Oktober 1939 an, bereits nach Beginn des Krieges, bis 18. Februar 1940 versah er Dienst in der Gemeinde Diethardt bei Nastätten/Taunus (im nassauischen Teil des Kirchengebiets) für den bereits eingezogenen Pfarrer Dittmer. Die Tätigkeit endete mit seiner eigenen Einberufung zum Kriegsdienst am 20. Februar 1940.

Die oben geschilderten Vorgänge liegen fast 80 Jahre zurück. Heinrich Schäfer ist lange tot. Zeitzeugen sind ebenfalls nicht mehr am Leben. Bei einer nachträglichen Bewertung („ex post“) der geschilderten Vorgänge ist also Zurückhaltung angezeigt.

Aus heutiger Sicht ist es allerdings kaum nachvollziehbar, dass ein 23-jähriger Theologiestudent aus Glaubens- und Gewissensgründen den auch in finanzieller Sicht sicheren Weg von landeskirchlich und staatlich anerkannter Prüfung und Vikarsausbildung nicht betrat und sich stattdessen einer inhaltlich überzeugenden, rechtlich aber ungewissen Ausbildung anvertraute. So hatte der Landesbruderrat (L.B.R.) mit Schreiben



vom 10. Februar 1936 den Kandidaten für die 1. Theologische Prüfung u.a. Folgendes mitgeteilt:⁶

„Es ist dem L.B.R. sehr wichtig, die persönlichen Gewissensentscheidungen der jungen Brüder zu erfahren. Dabei müssen sich diese darüber klar sein, dass der L.B.R. bei aller Bereitschaft, den gewissensmäßigen Weg der jungen Brüder zu decken, eine Gewähr für die ungehinderte Durchführung der Prüfung und für deren Anerkennung nicht bieten kann.“

Erst bekennen, dann das Examen – eine „unvernünftige Entscheidung“?

Nach der Ausweisung hatte Stiftsdechant Kahn aus Lich Heinrich Schäfer Folgendes geschrieben. *„Der L.B.R. hätte Euch, wie wir das auch immer getan haben, raten sollen, macht erst Euer Examen vor den zuständigen Stellen, nachher kann ein jeder machen, wie es ihm das Gewissen gebietet. Im Übrigen werdet ihr wohl bald vom L.B.R. woanders verwandt werden, Ich hörte gestern, ebenfalls, dass einige in Nassau untergekommen sind.“*

Die „unvernünftige“ Entscheidung, bereits vor dem 1. Theologischen Examen den Weg in eine rechtlich noch ungeklärte und potentiell „illegale“ kirchliche Zukunft anzutreten, ist wohl der jugendlichen Unerfahrenheit zuzuschreiben, aber auch der Tatsache, dass Heinrich Schäfer unter den Theologiestudenten in der Hinwendung zur Bekennenden Kirche kein Einzelkämpfer war.⁷ Die Haltung einzelner Gießener Hochschullehrer wie Haenchen oder Cordier dürfte hierfür entscheidend gewesen sein.⁸

⁶ Siehe Schäfer, Karl Heinrich (2015), a.a.O., S.38,39.

⁷ Wriedt, Markus: Kirchenkampf in der Universität – unter besonderer Berücksichtigung der theologischen Fakultät der Universität Gießen, in: Grunwald/Oelschläger (Hrsg.), a.a.O., S. 367-406.

⁸ Siehe Schäfer, Karl Heinrich (2015), a.a.O., S.36 m.w.N..

Auch die kämpferischen Erfahrungen seines älteren Freundes Hans-Friedrich („Hanfried“) Lenz aus dem benachbarten Münzenberg aus den Jahren 1934 und 1935 mögen einen wichtigen Einfluss bewirkt haben.⁹ Dieser war 1930 der NSDAP beigetreten im Hinblick auf das Parteiprogramm, nach dem die NSDAP „auf dem Boden eines positiven Christentums“ stehe.¹⁰ Er schloss sich jedoch 1934 dem Pfarrernotbund an und trat mit seinen Gemeinden der Bekennenden Kirche bei. Die älteren „kämpferischen Freunde“ wie Hanfried Lenz waren jedoch wohlbestallte und erfahrene Pfarrer, während die jungen Theologiestudenten ohne jegliche rechtliche und finanzielle Absicherung waren.

Nachträglich könnte man den Eindruck gewinnen, Heinrich Schäfer habe bei aller Bedrängnis und Not noch „Glück“ gehabt, denn er hatte es in Queck und auf dem Wirberg keineswegs mit „Kampfgemeinden“ zu tun. Auch war er von der Gestapo nicht inhaftiert worden, wie es seinem Vorgänger Paul Lenz im späteren Gemeindepfarramt im oberhessischen Wohnbach oder etlichen anderen in dieser Zeit ergangen war.¹¹ Er hatte die Zeit im Wesentlichen unversehrt überstanden.

1978: Persönlicher Mut wird nicht berücksichtigt

Demgegenüber wird jedoch betont, dass zu Heinrich Schäfers Entscheidung nicht nur Überzeugungskraft gehörte, sondern auch persönlicher Mut, denn er hatte sich damit ganz klar gegen die Position des

⁹ Siehe Schäfer, Karl Heinrich (2015), a.a.O., S.36.

¹⁰ Vgl. Geißler, Hermann Otto, Entstehung der Dokumentation zum Kirchenkampf, in: Grunwald/Oelschläger (Hrsg.), a.a.O., S. 46,47.

¹¹ Siehe dazu ausführlich Schäfer, Karl Heinrich, Die Kirche im Dorf, Darmstadt 2020, S. 34-39; zum Kirchenkampf in Wiesbaden siehe Grunwald, Klaus-Dieter/ Geißler, Hermann Otto/ Rink, Sigurd/ Töpelmann, Roger (Hrsg.), Wahrheit und Bekenntnis. Kirchenkampf in Wiesbaden 1933-1945, Wiesbaden 2014 (Schriften des Stadtarchiv Wiesbaden Band 12).



Reichsbischofs Ludwig Müller und damit gegen das Nazi-Regime gestellt. Er sei ein Beispiel für die vielen mutigen Frauen und Männer, die sich gerade in Hessen auf die Seite der Bekennenden Kirche gestellt hatten und im Kleinen Widerstand gegen das Nazi-Regime geleistet hatten.

Die umkämpfte rechtliche Position um „legale“ Ausbildung, Prüfung und Amtsausübung spielte überraschend rund 30 Jahre nach Kriegsende noch eine Rolle für die Altersversorgung der damaligen „illegalen Jungtheologen“. Heinrich Schäfer hatte für die Zeit vom 1. Mai 1938 bis 15. Februar 1940 Beiträge bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin entrichtet. Von der nunmehr für die Altersversorgung der Pfarrer zuständigen Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) in Berlin erhielt er nun am 2. Mai 1978 einen Rentenbescheid, der

die Ausbildungszeiten im Theologischen Seminar in Frankfurt in den Jahren 1936 und 1937 als Ausfallzeiten „nicht rentensteigernd“ berücksichtigte.¹²

Diese Entscheidung wurde letztinstanzlich vom Bundessozialgericht mit Urteil vom 3. November 1982 bestätigt.¹³ Zur Begründung wurde angeführt, die Ausbildung bei der Bekennenden Kirche Nassau-Hessen sei zwar durchaus „illegal“, aber doch vergleichbar mit der staatlich anerkannten Ausbildung gewesen. Sie habe eine „gewisse“ Parallele mit dem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis gehabt. Es wurden also rechtsförmliche Kriterien bemüht, statt zugunsten der unstrittig im Dritten Reich Benachteiligten zu entscheiden.

¹² Ausführlich hierzu Schäfer, Karl Heinrich (2015), a.a.O., S.118-121.

¹³ Schäfer, Karl Heinrich (2015), a.a.O., S.119.

ZWISCHENRUF II

Das Wir der Gemeinde und das freimachende Evangelium – Gedanken zum heutigen Protestantismus

von Wilfried Beck, Glauburg

Pfarrer i.R. Wilfried Beck, Jahrgang 1937, schreibt uns folgenden Zwischenruf. Von 1968 bis 1997 war er Pfarrer in Ober-Mockstadt, Dekanat Büdinger Land (damals Nidda). Ausführlich beschäftigt hat sich der Autor mit der Geschichte der Katharer.

Den heutigen Protestantismus charakterisieren zwei Merkmale: einmal eine der Reformation fremde Liebe zum Kultischen und zum anderen eine der Reformation ebenso fremde Neigung zur Vergesetzlichung der Organisation Kirche mit inneren Kämpfen zwischen den Leitungsorganen, Pfarrer*innen und Gemeinden.

Der Gottesdienst wird heute „gefeiert“. Die*der Leitende begrüßt die Gemeinde

im Namen des Kirchenvorstandes oder der Gemeinde“. Vor den Vater, den Sohn und den Heiligen Geist ist das „Wir“ der feiernden Gemeinde getreten. Die Stola, Zeichen priesterlicher Macht, Kerzen bei Taufen und die nächtlichen Ostergottesdienste mit anschließendem Osterfrühstück spielen für die Sinne eine wichtige Rolle. Auf diese Weise will man Gottesdienstbesucher*innen beeindrucken. In den Hintergrund getreten ist die Predigt des Evangeliums, die auf das Hören und das verstehende Herz ausgerichtet ist, wie es das Anliegen der Reformation war.

Zum Zweiten: Die Organisation der gegenwärtigen protestantischen Kirchen zeichnet sich durch ein nach innen gerichtetes Ordnungs- und Rechtsdenken aus, das die oberen Leitungsgane



stärkt, die Gemeinden und Pfarrer*innen dagegen in ihrer evangelischen Freiheit schwächt. An erster Stelle steht in diesem Geschehen die Debatte um das Geld, um die weniger werdenden Kirchensteuereinnahmen. Die fetten Jahre seien vorbei. Man schafft daher von kirchenleitender Stelle halbe und zweidrittel Pfarrstellen, während man andererseits Pfarrstellen für besondere Aufgaben neu ins Leben ruft.

Ein Kampf zwischen den von oben herab behandelten Gemeinden und Pfarrer*innen einerseits und den Kirchenleitungen andererseits um Besetzungsrechte der Pfarrstellen ist entbrannt. Das erinnert an die römische Vergabe von Bischofssitzen und Pfarren im Mittelalter. Heute heißen die Schlagworte „Ressourcen-Konzentration“, „Stärkung der mittleren Ebene“, „Vernetzung der Gemeinden“.

Man lernt und übernimmt aus dem Wirtschaftsleben gewinnorientierte Managementpraxen. Mit den hier angedeuteten Merkmalen kirchlichen Handelns kann der Protestantismus der Gegenwart nur eine zerstörende Wirkung innerhalb der Kirche haben. Die Ausrichtung auf das Kultische, die Machtkämpfe um Geld und Einfluss, die Vergezzlichung kirchlichen Lebens bieten in der Tat ein beklagenswertes Bild. Gelingt es dem Protestantismus nicht, sich aus dieser selbst angelegten Fessel zu befreien, hat er „den Tod im Topf“.

Der Protestantismus muss sich heute entscheiden, was er den Menschen geben will: Kultus, Unterwerfung unter das Kirchenrecht oder das freimachende Evangelium, das die Menschen zu einer neuen Lebensfreude und Sittlichkeit befreit.

HINWEIS

Einladung zur für Mitglieder öffentlichen Gesamtausschusssitzung des Pfarrvereins Kurhessen-Waldeck e.V.

Liebe Schwestern und Brüder, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, gemäß § 10 unserer Satzung lade ich Sie herzlich und fristgerecht zur für Mitglieder öffentlichen Sitzung des Gesamtausschusses am

Donnerstag, dem 29. Oktober 2020 von 10:00 bis ca. 13:00 Uhr (Ende mit dem Mittagessen) in den Konferenzraum K 1a + b im Haus der Bruderhilfe (vrk) Kölnische Str. 108 – 112, 34119 Kassel, Telefon: 0561-70341-3011, ein.

Wir beginnen mit einer Andacht, die Prälat Böttner halten wird.

Anschließend: Gedenken der Verstorbenen.

Tagesordnung:

1. Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit

2. Protokoll der letzten Gesamtausschusssitzung vom 07.11.2019 Bad Hersfeld
3. Bericht des Vorstandes
4. Bericht aus der Pfarrvertretung
5. Bericht aus der Vertretung der Vikarinnen und Vikare
6. Anfragen und Berichte aus den Kirchenkreisen
7. Aussprache zu den Berichten
8. Gespräch mit Prälat Böttner
9. Jahresrechnung 2019 / Bericht der Kassenprüfer
10. Entlastung des Vorstandes und des Kirchenkreisamtes Kirchhain-Marburg und Abnahme der Jahresrechnung 2019
11. Beschluss Haushalt 2021
12. Ausblicke:
 - a) Pfarrtag „Missionale Kirche“ mit Bischöfin Dr. Beate Hofmann am 30. Juni 2021 in Fulda

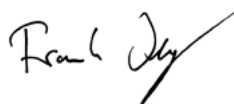


b) Deutscher Pfarrtag in Leipzig
vom 25. bis 28.9.2022

13. Verschiedenes und Unvorhersehbares

Bitte melden Sie sich wegen der Essensplanung bis spätestens zum 02.10.2020 im Sekretariat bei Frau Berwald an: Telefon 0561 9307-178 (dienstags und mittwochs) E-Mail sekretariat.pfarrverein@ekkw.de

Ich freue mich auf Ihr Kommen und grüße Sie freundlichst



Frank Illgen
Vorsitzender

HINWEIS

Beitragsänderungen im Pfarrverein Hessen-Nassau und im Solidarfonds zum 1. Juli 2020

Pfarrverein erhöht

Es ist lange her, seit der Mitgliedsbeitrag für den Pfarrerinnen- und Pfarrerverein eine Veränderung erfuhr. Selbst im Vorstand konnte sich niemand daran erinnern. Aber die Tatsache, dass eine Beitragserhöhung lange her ist, ist nicht Grund genug, um eine Erhöhung zu rechtfertigen. Vielmehr sind es die allgemein gestiegenen Kosten in mehreren Bereichen: Betriebskosten, Versandgebühren und nicht zuletzt die Kosten an den Verband Deutscher Pfarrerinnen und Pfarrer.

Die Mitgliederversammlung ist am 11.03.2020 dem Vorschlag des Vorstands des Pfarrerinnen- und Pfarrervereins Hessen-Nassau gefolgt und hat der Erhöhung der Beiträge zum 1.7.2020 einstimmig zugestimmt.

Hier die neuen Mitgliedsbeiträge: **Pfarrerinnen und Pfarrer im Probedienst zahlen € 5,00 (statt bisher € 4,50), Pfarrerinnen und Pfarrer € 7,50 (statt bisher € 6,50) und Pfarrehepaare (statt bisher € 5,00/Person) € 6,00/Person, wenn nur ein Hessisches und ein Deutsches Pfarrblatt bezogen werden.** Es ist eine moderate Steigerung, die uns aber in der Summe hilft, die Liquidität für das Tagesgeschäft zu erhalten.

Solidarfonds senkt

Erstmals in der Geschichte des Solidarfonds wurde über eine Beitragssenkung entschieden. Das Kuratorium des Verwaltungsrats hat in seiner Sitzung am 22.06.2020 dem Beschlussvorschlag über eine Beitragssenkung einstimmig zugestimmt.

Die Voraussetzungen für diesen Schritt beschreibt der Vorsitzende des Verwaltungsrats, Werner Böck, folgendermaßen: *„Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben in Verbindung mit der soliden Rücklagen-situation verschafft uns „Luft“ für einen mutigen Schritt: den **Beitrag zum Solidarfonds um einen Zehntel Prozentpunkt, von 1% auf 0,9% bzw. von 0,9% auf 0,8% (für Versorgungsempfänger*innen und Selbstzahlende) zu senken.**“*

Auch diese Beitragsänderung ist zum 1. Juli 2020 in Kraft getreten. Wir freuen uns, dass wir in vielen Telefonaten und auch Briefen, die uns erreichen, so positive Rückmeldungen erhalten und sind weiterhin gerne für Sie da. Nehmen Sie die Leistungen und Angebote des Pfarrerinnen- und Pfarrervereins in Anspruch, besonders die Leistungen des Solidarfonds, die in den vergangenen Jahren deutlich verbessert wurden.

Sabine Gaßmann, Geschäftsstelle d. Vereins u. d. Solidarfonds, Frankfurt a. M.



Joachim Schmidt: Auf rechter Straße – Pfarrer Weißgerber Eberstadt. Herausgegeben von der Hans Erich und Marie Elfriede Dotter-Stiftung. Justus-von-Liebig-Verlag Darmstadt, 2020. 296 S. 12,95 Euro. ISBN: 978-3-87390-434-7.

Seit Langem diskutiert die Zeitgeschichtsforschung darüber, wem Schuld und Verantwortung der nationalsozialistischen Menschheitsverbrechen zuzurechnen sind. Waren es die insgesamt doch eher wenigen sadistischen KZ Aufseher*innen und SS-Leute? Waren es – so Daniel Goldhagen – die ganz normalen „willigen Vollstrecker“ Hitlers, Bürokrat*innen des Todes – von Finanzbeamten bis zu Sekretärinnen? Oder nicht doch weite Teile des deutschen Bürgertums, mehr noch des Bildungsbürgertums, die all dies überhaupt erst ermöglichten? Eine soeben erschienene, vorzüglich mit Bildmaterial, Tabellen sowie wichtigen Zitaten versehene Biographie verstärkt nun die Annahme, dass der Nationalsozialismus ohne das deutsche Bildungsbürgertum nicht an die Macht gekommen wäre, bzw. sich so lange hätte an der Macht halten können. Genauer gesagt: nicht ohne das protestantische, zumal das lutherische Bildungsbürgertum.

Pfarrer Wolfgang Weißgerber lebte von 1900 bis 1984 und war für unzählige evangelische Darmstädter*innen eine ihr ganzes Leben bestimmende Figur: Als konfirmierender Pfarrer, charismatischer Jugendleiter und begabter kirchlicher Publizist. Als Sohn einer Lehrerfamilie stand Weißgerber als Schüler jugendbewegt dem Wandervogel und als Student lutherisch inspiriertem, völkischem Denken nahe. Nach 1933 war er, wenn zunächst auch zögerlich, als jugendleitender Pfarrer mit daran beteiligt, die evangelische Jugend Darmstadts nolens volens in die HJ zu überführen. Als Herausgeber und Schriftleiter des Eberstädter Evangelischen Gemeindeblatts begrüßte

Weißgerber die in Eberstadt gegründete Gruppe der Deutschen Christen, ohne sich jemals irgendwie zur „Bekennenden Kirche“ zu verhalten.

Sein wie auch immer motivierter Opportunismus ging soweit, dass er bereits im November 1933 der SA beitrug und eine Erklärung unterschrieb, „auf Ehre und Gewissen ... arischer Abstammung ...“ zu sein. In entsprechenden Dokumenten der SA wurde ihm zudem „mustergültige Dienstbereitschaft“ attestiert. Von 1943 bis 1945 Soldat der Wehrmacht, kam Weißgerber in US-amerikanische Kriegsgefangenschaft, wurde mittels kirchlicher Gefälligkeitsschreiben 1946 als „Mitläufer“ eingestuft und wirkte danach jugendnah und charismatisch, bis 1968 auch kirchenarchitektonisch und lokalhistorisch, ohne sich aber jemals zu seinen Aktivitäten in der NS-Zeit zu äußern.

Als die „Frankfurter Rundschau“ 1947 auf Weißgerbers Aktivitäten in der NS-Zeit hinwies, wurden diese Vorgänge wie im Kalten Krieg üblich unter Hinweis auf „kommunistische Verunglimpfungen“ zurückgewiesen. Gleichwohl wurde Weißgerber daraufhin von der Spruchkammer nicht mehr als „Mitläufer“, sondern als „Belasteter“ und „Aktivist“ eingestuft. Er erhielt zunächst ein Berufsverbot – Urteile, die kurz danach wieder aufgehoben wurden, ohne dass sich feststellen lässt, wer dafür die Verantwortung trug. Der allseits beliebte Weißgerber schwieg in dieser Sache bis an sein Lebensende. Er, seine Gemeinde sowie die entsprechenden Institutionen der hessischen Kirchen erweisen sich somit als beispielhaft für die neuerdings – etwa von Samuel Salzborn – historisch belegte „Nichtaufarbeitung“ des Nationalsozialismus in Deutschland.

Gewiss können Biographien niemals die Repräsentativität quantitativer Studien erreichen, gleichwohl lassen sich an ihnen die typischen Eigenheiten einer sozialen und politischen Konstellation

deutlich machen – Züge, die sich dann verallgemeinern lassen.

Der von Joachim Schmidt verfasste, vom Justus von Liebig Verlag besonders leserfreundlich und übersichtlich gestaltete, zudem noch höchst preiswerte Band ermöglicht es in bisher so noch nicht gekannter, beispielhafter Weise, sich darüber klar zu werden, in welcher Weise zumal das lutherische Bildungsbürgertum die Machtübernahme und den Machterhalt des Nationalsozialismus mitsamt seinen Verbrechen ermöglicht hat.

Prof. em. Dr. Micha Brumlik, Berlin



Alf Christophersen, Benjamin Ziemann (Hrsg.): Martin Niemöller – Gedanken über den Weg der christlichen Kirche. Gütersloher Verlagshaus 2019. 268 Seiten. 25 Euro. ISBN 978-3579085449. *(Diese Rezension übernimmt das HPB in Ergänzung der Beiträge in diesem Heft mit freundlicher Genehmigung aus der Evangelischen Sonntags-Zeitung des Medienhauses der EKHN.)*

Im Februar des Jahres 1941 erreichte die deutsche Öffentlichkeit eine unglaubliche Nachricht. Martin Niemöller, führendes Mitglied der Bekennenden Kirche und einer ihrer bekanntesten Vertreter, sei zum Katholizismus übergetreten. So berichteten es englische Tageszeitungen. Schnell entpuppte sich das als Falschmeldung. Zutreffend aber war, dass sich der evangelische Pfarrer tatsächlich über zwei Jahre mit dem Gedanken einer Konversion beschäftigt hatte.

»Gedanken über den Weg der christlichen Kirche« heißt ein Text, den Niemöller während seiner Einzelhaft im KZ-Sachsenhausen im Jahr 1939 verfasste und darin seine konfessionellen Überlegungen festhält. Ihn haben der Theologe Alf Christophersen und der Historiker Benjamin Ziemann herausgegeben.

Ab August 1938 setzte sich Niemöller mit dem katholischen Glauben

auseinander. »Den Anlass dazu bot ein katholisches Messbuch, das ihm jemand zugeschickt hatte. Bei der täglichen Lektüre war er erstaunt über den Reichtum an Gebeten und biblischen Lektionen, den er dort fand«, so die Herausgeber in ihrer Einleitung.

Neben der katholischen Frömmigkeitspraxis, der Niemöller sich während seiner Haftzeit zuwandte, befasste er sich auch mit theologischen Motiven. »Der eigentliche Schade bei Luther scheint mir der zu sein, dass er das Lehramt der Kirche praktisch abgeschafft hat. Damit musste ja die Einheit und auch die Leiblichkeit der Kirche hinfallen; und seitdem haben wir das Gespenst der »unsichtbaren« Kirche«, schreibt Niemöller.

Aus seinen Gedanken spricht die Sehnsucht nach Einheit und Autorität der evangelischen Kirchen, ohne die er sie vor ihrem Niedergang sieht. Die Vielgestaltigkeit des Protestantismus macht er dafür mitverantwortlich. Von der römisch-katholischen Kirche erhofft er sich Kontinuität und Orientierung. Streitfragen wie das Amtsverständnis übergeht er dabei. Die Bekennende Kirche beschreibt er als »fragil« und ein »Notdach«, versteht sie aber dennoch als »den letzten und konsequentesten Versuch, protestantische Kirche zu bauen«.

Wesentlich neue Erkenntnisse bringt das vorliegende Werk nicht hervor. Es ist eine Ergänzung zu bereits vorliegender Literatur über Niemöller und gibt Einblick in die KZ-Haft Niemöllers sowie seine theologischen Reflektionen aus dieser Zeit.

Detlef Schneider, Frankfurt am Main.



Jens Herzer: Pontius Pilatus – Henker und Heiliger. Reihe Biblische Gestalten, Band 32. Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2020. 276 Seiten für 20 Euro. ISBN: 978-3-374-06063-4

Wer ist der Mann, dessen Name weltweit jeden Tag im Mund von Gläubigen geführt wird? Dessen Beitrag zum



göttlichen Heilswerk so widersprüchlich ist, dass sich die Tradition uneins ist, ob es sich um einen Henker oder einen Heiligen handelt? Der auch über die Grenzen des Christentums hinaus Eingang ins Deutsche gefunden hat und auf diese Weise ein sprachliches Eigenleben führt?

In dem Taschenbuch versucht der Leipziger Neutestamentler Jens Herzer, einen leicht verständlichen Zugang zum Universum der Pilatus-Forschung zu ermöglichen: zur Rezeption durch Jahrhunderte hinweg und zu den kreativen Formen, die sich aus der Beschäftigung mit dem römischen Offizier und Präfekten von Judäa bis in die Neuzeit hinein ergeben haben.

Die Einführung schildert die Herausforderung: Einerseits ist Pilatus eine Berühmtheit. Andererseits ist wenig an Informationen über ihn bekannt, die nicht tendenziös von Jesus her gedacht sind. Zugleich gibt es in den vergangenen Jahren eine erstaunliche Anzahl von Romanen und theologischen Untersuchungen über Pontius Pilatus. Dieses aufflammende Interesse sei bemerkenswert, „handelt es sich doch auf den ersten Blick um eine eher randständige biblische Gestalt, die vielleicht für ein paar flotte Sprichwörter gut war...“, die aber andererseits durch die Aufnahme seines Namens ins apostolische Glaubensbekenntnis „gleichsam im kulturellen Gedächtnis des Christentums verewigt“ ist (S. 9). Die Schwierigkeit bei der Würdigung des Pontius Pilatus liege zudem in der Überschneidung von historischen Tatsachen mit einer heilsgeschichtliche Perspektive. Diese „wirft die Frage nach Gottes Handeln in der Zufälligkeit historischer Geschehensabläufe auf“ (S. 19).

Die folgende Darstellung gliedert Herzer in drei Teile. Zuerst werden Biografie und Umfeld des Pilatus anhand der verfügbaren Quellen rekonstruiert; hier rücken die spärlichen archäologischen Hinweise auf Pilatus in den Mittelpunkt, etwa die Pilatus-Inschrift von Cäsarea Maritima, Münzen und Ringe und dergleichen mehr. Zugleich wird ein Blick auf die politischen und gesellschaftlichen Umstände der Zeit

geworfen. Aus den rechtlichen Verhältnissen in den Präфекturen des Römischen Reichs werden Rückschlüsse auf die Rolle des ritterlichen Verwalters gezogen.

Doch der differenzierende Historiker, der an vielen Stellen Wahrscheinlichkeiten abwägt statt forsch Sicherheiten zu behaupten, begnügt sich nicht damit, die Quellen über Pontius Pilatus zu den geschichtlichen Tatsachen auszuwerten. Er arbeitet auch als Literaturwissenschaftler, der Quellen charakterisiert. So stellt er nicht nur ihre historische Herkunft dar, sondern widmet den beiden Hauptzeugen Flavius Josephus und Philon von Alexandrien umfangreiche Abschnitte, in denen er deren Pilatusbild im Ganzen bestimmt. Die Tendenz der Texte beider Historiker wird jeweils kritisch diskutiert und eingeordnet in die schriftstellerischen Anliegen, die den unterschiedlichen Quellen zugrunde liegen.

Den größten Raum nimmt die erhellende Darstellung des literarischen Pilatus in den Evangelien ein. Die biblischen Texte werden einzeln auf ihren historischen Gehalt und auf ihre theologischen Implikationen abgeklopft. Der vierte Teil der Darstellung, der Pilatus in der Paulus-Tradition in den Blick nimmt, ist dem spärlichen Textbefund entsprechend kurz.

Für Herzer liegt der Reiz der Untersuchung darin, dass „in den vielfältigen Überlieferungen stets historisch verifizierbare Daten und literarische Fiktion ineinandergreifen, die oft nicht mit hinreichender Klarheit voneinander zu unterscheiden sind“ (S. 24). Das gilt für die Schriften des Neuen Testaments, aber auch für die romfreundlichen Darstellungen des Flavius Josephus sowie die Polemik bei Philon von Alexandrien. Leider lässt sich nicht immer eindeutig sagen, dass Herzer die von ihm selbst benannten Herausforderungen in der Arbeit des Historikers in vollem Umfang gemeistert hat.

Mitunter nimmt er die Schriften wichtiger in einem wortwörtlichen Sinn eines empirischen Berichts, als sie sich selber nehmen. Das wird deutlich, wenn bei der



Nacherzählung der Verhandlung des Falles Jesu vor Pilatus die einzelnen Wege des Richters zwischen Anklägern und Angeklagtem minutiös nachgezeichnet werden (S. 157 ff). Hier einen belastbaren historischen Tatsachenbericht zu liefern, ist den Schriften, die nicht eher als 40 Jahre nach dem Ereignis verfasst wurden, sicherlich nicht zuzutrauen. Zumindest in der kontinentaleuropäischen theologischen Tradition ist eine solche Annahme nicht zu erwarten. Kein Wunder, dass Herzer reichlich Theologen aus dem angloamerikanischen Raum zitiert. Versteht man die Passagen als Exkurse, schaden sie der Sache nicht, jedoch wäre ein konsequenteres Ernstnehmen des Quellencharakters denkbar gewesen. Die Aufarbeitung der historischen Fakten im Kapitel 3.1 „Pilatus und der Prozess gegen Jesus“ (S. 137 bis 172), nimmt mehr Platz ein als notwendig. Interessant wird es vor allem im Anschluss, wenn der literarische Pilatus der Evangelien gewürdigt wird.

Die Analyse des zugrundeliegenden Antijudaismus in den Evangelien und der zugehörigen Tradition ist erhellend: Er schlägt sich darin nieder, dass der Präfekt in unterschiedlicher Intensität als der gezeichnet wird, der Jesu Hinrichtung mit allen Mitteln habe verhindern wollen, während er sich gegen das Volk und seinen Blutdurst nicht erwehren konnte. Dass Pilatus seine Hände in Unschuld wäscht, unterstreicht funktional die Schuld „der Juden“. Umgekehrt lassen sich Elemente der Erzählungen ausdeuten, an denen eine dezidierte Romfreundlichkeit erkennbar wird, die dann wiederum eine Aussage trifft über die Gemeinde, den Ort und die Zeit, in deren Kontext das jeweilige Evangelium entstanden ist.

Erfreulich ist die Sammlung von wissenswerten Kleinigkeiten wie der Entwicklung des Pilatus zu einem „europäischen Phänomen“ (S. 233). Die Legenden über sein Nachleben (oder auch das Schicksal eines Untoten) macht sich an vielen Orten in unterschiedlichen Ländern Mitteleuropas fest; die „große Zahl von Lokaltraditionen

in ganz Europa, die angeblich mit Geburt, Tod oder Exil des Pilatus zu tun haben, von Italien über Spanien, Frankreich, Österreich und Deutschland bis hin sogar nach Schottland“ (S. 234) ist verblüffend. „Auch einige deutsche Städte beanspruchen, Geburtsstädte des Pilatus zu sein, unter anderem Pachten im Saarland, Mainz, Hausen / Forchheim in Oberfranken oder auch Bamberg“ (ebd.).

Inspirierend sind die dargestellten Wirkungen des Pilatus als historisch-fiktionaler Gestalt. Auf knapp 50 Seiten werden Niederschläge in altkirchlichen Überlieferungen und Legenden bis hin zur heutigen Kunst, Literatur und Film aufgenommen. Das Literaturverzeichnis enthält dementsprechend auch eine Abteilung mit Belletristik. Leider sind die Abbildungen, die zum Schluss aufgelistet werden, mit Plänen, die wegen der Verkleinerung trotz Lupe kaum gelesen werden können, und mit einigen zu dunklen Bildern nicht immer hilfreich.

Eine entscheidende Frage lässt das informative Buch mit seinem klug gewählten Untertitel „Henker und Heiliger“ unbearbeitet: Die frühen christlichen Schriften betonen die Rolle des Pilatus im Prozess um Jesus vor allem aus einem antijudaistischen Impuls heraus. Wie passt diese Deutung zu der Aufnahme seines Namens in das Apostolische Glaubensbekenntnis, das ihn heute weltweit quasi pausenlos zitiert? Die Exeget*innen, die in letzterem (wohl zu Recht) die theologische Betonung der historischen Verankerung eines überzeitlichen Heilsgeschehens sehen, stehen dadurch im indirekten Widerspruch zu jenen, die eine betonte Abgrenzung der christlichen Gemeinde von ihrem jüdischen Umfeld im ersten Jahrhundert als Hintergrund erkennen. Wie sich die eine Tendenz aus der anderen – oder die beiden gegenläufigen sich parallel – entwickelt haben soll, bleibt weiteren Forschungen und hoffentlich ebenso anregenden Darstellungen überlassen.

*Ingo Schütz, Bad Vilbel und
Dr. Martin Zentgraf, Darmstadt*



Sabine Mehne: Ich sterbe, wie ich will – Meine Entscheidung zum Sterbefasten. Ernst Reinhardt Verlag, München 2019. 208 Seiten. 19,90 Euro (auch als E-Book erhältlich). ISBN 978-3-497-02886-3.

Vor wenigen Jahren war das Sterbefasten, die willentliche Herbeiführung des eigenen Todes durch bewusstes Verzicht auf Essen und Trinken, noch kein Thema. Das hat sich geändert. Maßgeblichen Anteil daran haben der holländische Psychiater und Sozialwissenschaftler Boudewijn Chabot und der Marburger Neurobiologe Christian Walther. Sie haben 2010 das Buch „Ausweg am Lebensende: Selbstbestimmtes Sterben durch freiwilligen Verzicht auf Essen und Trinken“ veröffentlicht, das inzwischen bereits in fünfter Auflage erschienen ist. 2016 hat die Sterbe- und Trauerbegleiterin Christiane zur Nieden in ihrem Buch „Sterbefasten: Freiwilliger Verzicht auf Nahrung und Flüssigkeit. Eine Fallbeschreibung“ (3. Auflage 2019) den Entschluss ihrer 88-jährigen Mutter zum Sterbefasten und die Herausforderungen des anschließenden Sterbeprozesses beschrieben.

Mit dem im September 2019 erschienenen Buch von Sabine Mehne liegt nun eine Veröffentlichung vor, deren Besonderheit darin besteht, dass sich eine Betroffene äußert, die für sich selbst entschieden hat, den Weg des Sterbefastens zu gehen. Die vielschichtigen Überlegungen, die Mehne zu diesem Entschluss geführt haben, sind von zwei Ereignissen geprägt, die ihre Lebensgeschichte bestimmt haben: Da ist zum einen ihre Krebserkrankung, der sie sich als Mutter von drei jungen Kindern im Alter von 38 Jahren stellen musste. Sie hat diese nach Chemotherapie und Knochenmarktransplantation überlebt, mit deren kräftezehrenden Folgen jedoch bis heute schwer zu kämpfen. Da ist zum anderen eine intensive Nahtoderfahrung, die sie drei Wochen vor der Diagnosestellung erlebt hat. Diese Erfahrung hat ihren Blick

auf die existentiellen Themen Sterben und Tod sowie ihre Haltung zur eigenen Sterblichkeit grundlegend verändert.

Mehnes persönliche Antwort auf die Frage, wie sie ihr Leben ohne weitere Qualen in Würde vollenden kann, lautet: „Es klingt schwer, fällt mir aber im Vergleich zu erneuten medizinischen Maßnahmen leicht: Bevor ich noch einmal auf Medizin angewiesen sein werde oder von selbst spüre, dass meine Zeit gekommen ist ... höre ich ‚einfach‘ auf, zu essen und zu trinken.“ (S. 15)

Wie sie sich selbst und die ihr nahestehenden Menschen darauf vorbereitet hat, erzählt sie authentisch und offen. Dabei gewährt sie auch unverstellte Einblicke in Gespräche, die sie zur Selbstklärung mit zwei Theologen über ihren Entschluss geführt hat (S. 75-78).

Neben grundsätzlichen Erwägungen (S. 19-52) enthält das Buch hilfreiche Hinweise, zum Beispiel zur Patientenverfügung, und praktische Überlegungen (S. 139-193). Diese reichen vom Umgang mit Zweifeln über die für das Sterbefasten nötige Mundpflege bis hin zur Bestattung und Trauerbewältigung.

Ein Anhang ergänzt das Ganze mit detaillierten Hilfen zur Vorbereitung auf das Sterbefasten, mit Adressen zur Informationsbeschaffung von kompetenter Seite und einem ausführlichen Literaturverzeichnis.

Mit ihrem anrührenden Buch ermutigt Sabine Mehne, die Sterblichkeit als Teil des eigenen Lebens rechtzeitig in Augenschein zu nehmen. Lesende, die sich seelsorgerlich mit dem Thema Sterbefasten konfrontiert sehen oder dieses, wie einst Demokrit, gar als Option für sich selbst in Betracht ziehen, werden darüber hinaus zu einem sorgsamem Bedenken aller Facetten und zu umsichtigem Handeln angeregt.

Manfred Holtze, Offenbach am Main



Bettina Röder: Axel Noack – Biografie eines frohgemuten Protestanten.

Wartburg Verlag, Weimar, 2019. 272 Seiten. 18 Euro. ISBN 978-3-86160-565-2.

„Ich brauche keinen Weg für mich [...] Da draußen stehen noch zwanzig Leute, die wollen das auch so machen und nur wissen, wie das geht.“ (S.35) Mit großem Selbst- und Rechtsbewusstsein forderte der 18-jährige Axel Noack als Oberschüler beim Hochschulminister das Recht ein, Bausoldat zu werden statt den Wehrdienst zu leisten. Auch auf Drängen der evangelischen Kirchen hin hatte die DDR 1964 als einziger Staat des Warschauer Paktes diese Alternative zur Wehrpflicht eingeführt – verschwiegen aber diese Möglichkeit so gut es ging. Noack hatte die entsprechende Anordnung des Nationalen Verteidigungsrates in einer Berliner Buchhandlung entdeckt und auch an Klassenkameraden weitergegeben. Seine Verweigerung begründet er 1968 ebenso mit dem 5. Gebot und der Nächstenliebe wie mit der Unverantwortlichkeit von Kriegen im Atomwaffenzeitalter.

Das ist der Anfang einer spannenden Biografie eines Menschen, der zur (ihm zunächst weltfremd erscheinenden) Theologie fand, weil er Mathematik nicht studieren durfte. Und weil er schon früh in Lobetal bei Berlin diakonische Arbeit schätzen gelernt hatte.

Bettina Röder begleitet den früheren Magdeburger Bischof an Orte seines Lebens. Dabei erzählt sie meist nüchtern in journalistischem Stil. Nebenbei begreifen die Lesenden kirchliche Zeitgeschichte neu aus der Sicht eines Mitgestaltenden: Noacks Görlitzer Elternhaus, in dem der Vater sich für eine gerechtere Gesellschaft und für den entstehenden sozialistischen Staat DDR eingesetzt hat (14-26); die Hallenser Schulzeit (27-52) – vorm Abitur schon der Tod Benno Ohnesorgs und nach dem Abitur 1968 die letzten Minuten des Prager Rundfunks und das Ende des Prager Frühlings, vom politisch wachen Noack aufgezeichnet in ein „Protestheft“. Parallel

erleben die evangelischen Kirchen in der DDR einen basisdemokratischen Schub: Fast alle Synoden führen Jugendsynodale ein. In der frostiger werdenden DDR werden sie eine Schule der Demokratie.

Zum Mathematik-Studium lässt der Staat den aufmüpfigen Noack nicht zu. Die Alternative ist das Theologie-Studium an der Kirchlichen Hochschule Naumburg (53-84), das er vor allem durch seine spätere Frau Gisela lieben lernt. Neben den zahlreichen Fotos ist ab jetzt jedem Kapitel ein Text Noacks aus der jeweiligen Zeit beigegeben. Besonders humorvoll darunter ein Krippenspiel der jungen Gemeinde Wolfen von Weihnachten 1994 zur Abwicklung der Betriebe in den damals „neuen“ Bundesländern (197-203).

Zuvor kommt noch die Zeit als Merseburger Studenten- und Jugendpfarrer (85-116) mit einem Bücher-Giftschrank der Studentengemeinde, staatlichen Abhöraktionen und dem Spruch: „Wo zwei oder drei versammelt sind, aber nicht in meinem Namen, da bin ich mitten unter ihnen. Die Staatssicherheit.“ (90) Als Gemeindepfarrer in der Chemie- und Arbeiterstadt Wolfen erlebt Noack Zensur, Proteste, Ausreisebewegung und schließlich die friedliche Revolution. Bei den Runden Tischen und den ersten freien Wahlen sind Kirchenleute wie er gefragt: Aus den Synoden haben sie Erfahrung in der Organisation von Demokratie.

Aufschlussreich ist auch die knappe Schilderung der frühen, doch oft mühsamen Vereinigungsverhandlungen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR mit der EKD seit der Loccumer Erklärung 1990, an denen Noack mitwirkte (167-177). Als Streitpunkte werden benannt: Kirchensteuereinzug und Vergütungssystem, Religionsunterricht an staatlichen Schulen und der Militärseelsorgevertrag.

Das unterhaltsame und zu eigenem Widerspruch ermutigende Buch endet mit zwei Teilen zu Noacks Zeit als Magdeburger Bischof (1997-2009) und



den zermürbenden Vereinigungsverhandlungen mit der Evangelischen Kirche in Thüringen (205-243) sowie zu seiner Zeit als Professor für Kirchengeschichte an der Universität Halle (2009-2019, 243-267). Mehr noch als ein Einblick in kirchliche Zeitgeschichte ist diese Biographie damit eine Einführung in die Möglichkeiten von Friedensarbeit und was diese bewirken

kann: „... und Frieden ohne Furcht soll sein.“ – Das kleine Lied von jedem, der „sein Brot, sein Wein“ braucht, war der Refrain auf dem regionalen Wittenberger Kirchentag im Lutherjahr 1983. Ein Friedenslied konnte auch die SED schwerlich verbieten (93).

Martin Franke, Darmstadt

AUCH DAS NOCH

Martin Bormanns Vorbehalte gegen Frakturschrift

Vielleicht empfanden die Nazis die in alten Drucken und partiell noch bis in die Zeit nach dem 2. Weltkrieg hinein gebräuchliche Frakturschrift, auch als „gotische Schrift“ bezeichnet, als der hebräischen Quadratschrift zu ähnlich: Deshalb teilte Reichsleiter Martin Bormann am 3.1.1941 den Parteigliederungen der NSDAP in einem Rundschreiben mit: „Zur allgemeinen Beachtung teile ich im Auftrag des Führers mit: Die sogenannte gotische Schrift als eine deutsche Schrift anzusehen oder zu bezeichnen ist falsch. In Wirklichkeit besteht die sogenannte gotische Schrift aus Schwabacher Judenlettern. Genau wie sie sich später in den Besitz der Zeitungen setzten, setzten sich die in Deutschland ansässigen Juden bei Einführung des Buchdrucks in den Besitz der Buchdruckereien und dadurch kam es in Deutschland zu der starken Einführung der Schwabacher Judenlettern.“

Natürlich kann Bormann seine „historischen“ Ausführungen kaum belegen. Wusste er, dass zwar hebräische Drucke bald nach der Erfindung des Buchdrucks gefertigt wurden, zum Beispiel von der

jüdischen Familie Soncino? Aber es war der christliche Drucker Daniel Bomberg, der ab 1523 den Talmud druckte wie auch die hebräische Rabbinerbibel mit einem Kommentar des in Mainz und Worms bekannten Raschi. Auch der von 1518–1529 in Worms tätige Peter Schöffler sei als christlicher Drucker erwähnt; man könnte viele nennen. Aber ein jüdischer Drucker, der sich des deutschen Druckwesens bemächtigt hätte, fällt mir nicht ein.

Als Regeldruckschrift sollte also ab 1941 die „Antiqua“ eingeführt werden. Heutzutage wissen Rechtsextreme erschreckend wenig über den Nationalsozialismus, auch wenn sie dessen Symbole, verschlüsselt (88!) oder unverschlüsselt gern verwenden. Würden sie wohl, wenn ihnen Bormanns Rundschreiben bekannt wäre, so unbeschwert die Frakturschrift für die Aufdrucke auf ihren Shirts usw. verwenden? Da passen die Runen wohl besser, obwohl sie damit wiederum den Germanen kaum gerecht würden.

Dr. Ulrich Oelschläger, Worms



Editorial	138	Hinweise	
Mitgliederorientierung		Einladung zur für Mitglieder öffentlichen	
Die nicht-missionarische Anstalt		Gesamtausschusssitzung des Pfarrvereins	
– Von der Kirche und ihrer Eigenresonanz		Kurhessen-Waldeck e.V.	174
von Prof. Dr. Gerhard Wegner, Hannover	140	Beitragsänderungen im Pfarrverein	
Leben mit Corona		Hessen-Nassau und im Solidarfonds	
Volles Risiko – oder Schutz und Respekt?		zum 1. Juli 2020	175
von Jens Haupt, Hersfeld-Rotenburg	160	Für Sie gelesen	
Kirchenkampf I		Joachim Schmidt: Auf rechter Straße –	
Wer war Martin Niemöller?		Pfarrer Weißgeber Eberstadt.	
– Biographie sorgt für Diskussionen		von Prof. em. Dr. Micha Brumlik, Berlin	176
von Detlef Schneider, Frankfurt am Main	162	Alf Christophersen, Benjamin Ziemann (Hrsg.):	
Zwischenruf I		Martin Niemöller – Gedanken über den Weg	
Hygiene in der Kirche		der christlichen Kirche.	
von Rainer Staege, Dekan i.R.,		von Detlef Schneider, Frankfurt am Main	177
Marburg an der Lahn	164	Jens Herzer:	
Kirchenkampf II		Pontius Pilatus – Henker und Heiliger.	
Ausweisung eines „illegalen Jungtheologen“		von Ingo Schütz, Bad Vilbel und	
– ein Vikariat in der Landeskirche		Dr. Martin Zentgraf, Darmstadt	177
Nassau-Hessen 1936–1939		Sabine Mehne: Ich sterbe, wie ich will –	
von Professor Dr. Karl Heinrich Schäfer	166	Meine Entscheidung zum Sterbefasten.	
Zwischenruf II		von Manfred Holtze, Offenbach am Main	180
Das Wir der Gemeinde		Bettina Röder: Axel Noack – Biografie	
und das freimachende Evangelium –		eines frohgemuten Protestanten.	
Gedanken zum heutigen Protestantismus		von Martin Franke, Darmstadt	181
von Wilfried Beck, Glauburg	173	Auch das noch	182